

oekom
Corporate Responsibility
Review 2016



Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung –
eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung
der UN Sustainable Development Goals

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	
<i>Paloma Durán, Director United Nations Sustainable Development Goals Fund</i>	4
Editorial	
<i>Robert Haßler, CEO oekom research AG</i>	5
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	6
1. ESG Performance der Unternehmen im oekom Universe – Stand und Trends	9
1.1. Basis der Analyse: das oekom Universe	9
1.2. Gesamtperformance	9
1.3. Branchenvergleich	10
1.3.1. Branchenbewertung: die besten Branchen	10
1.3.2. Branchensieger: die besten Unternehmen	12
1.4. Kontroverses Geschäftsverhalten	13
1.4.1. Verstöße gegen den UN Global Compact: die kontroversesten Branchen	13
1.4.2. Korruption	14
1.4.3. Arbeitsrechtsverletzungen	14
1.4.4. Menschenrechtsverletzungen	15
1.4.5. Umweltverstöße	16
2. Die UN Sustainable Development Goals – ein neuer globaler Rahmen für nachhaltige Entwicklung	17
2.1. Die Sustainable Development Goals und der Weltklimagipfel in Paris: der Anfang vom Ende der Kohle	19
2.2. Mit Carbon Divestment gegen den Klimawandel	22
2.3. Erneuerbare Energien: Impulsgeber für Zukunftstechnologien und Entwicklungszusammenarbeit	25
2.4. Wasser: Lebensquelle, Industriegut und Konfliktstoff	28
2.5. Palmöl in Lebensmitteln: wenn Nachteile die Vorteile überwiegen	31
2.6. Endokrine Disruptoren: hormonell wirksame Chemikalien als neue Herausforderung der Gesundheitsvorsorge	33
2.7. Kurzfristiger monetärer Gewinn und dauerhafter Schaden: Pestizide und ihr Einfluss auf Biodiversität und Welternährung	36
2.8. Die Vereinbarkeit von Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten	38
2.9. Urban Mining: nachhaltige Wertschöpfung durch Recycling	40
2.10. Steuervermeidung: Unternehmensgewinne auf Staatskosten	43
Anhang: oekom Inside, Disclaimer	46
Impressum	47

Grüßwort

Am 25. September 2015 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen *die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung*. In 17 Zielformulierungen – den Sustainable Development Goals (SDGs) – werden dabei die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit sowie der Kampf gegen den Klimawandel bis 2030 adressiert. Uns bietet sich damit eine bislang einmalige Chance, die Welt hin zu einer integrativen, nachhaltigen und belastbaren Zukunft zu verbessern. Vielleicht werden wir die erste Generation sein, die tatsächlich die Armut besiegen wird. Dies kann aber nur passieren, wenn gleichzeitig Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen abgeschafft und unsere lebensnotwendigen Ökosysteme bewahrt werden. All dies lässt sich nur schwer ohne die Unterstützung der Wirtschaft bewerkstelligen.

Die Erkenntnis, dass die SDGs für alle gelten und jeder bei ihrer Umsetzung eine Rolle spielt, eröffnet spannende Möglichkeiten für neuartige Partnerschaften. In diesem Sinne bekommen die Vereinten Nationen eine neue Bedeutung, wenn es um die Zusammenarbeit mit verantwortlich agierenden Unternehmen geht. Wir müssen das Gestaltungspotenzial der Privatwirtschaft nutzen und Unternehmen dazu einladen, ihre Kreativität und Innovationskraft zum Lösen der Nachhaltigkeitsherausforderungen einzusetzen. Sie müssen als Partner in den Entwicklungsprozess mit eingebunden werden.

Der SDG-Fund (www.sdgfund.org), die erste Initiative zur Entwicklungszusammenarbeit für die Erreichung der SDGs, versteht Partnerschaften mit der Wirtschaft als hierfür absolut essenziell. Jedes Unternehmen, ob groß oder klein, hat das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag für einen gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt zu leisten. Dies kann durch das eigene Kerngeschäft inklusive der entsprechenden Lieferketten, sozialverantwortliche Investments, gemeinnützige Beiträge oder durch Fürsprache für bestimmte Belange geschehen. Wir glauben, dass verantwortungsvolles Geschäftsgebaren ganz zentral für Wachstum, Produktivität, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Sie alle sind die Treiber für Fortschritt überhaupt.

Dieses Verständnis ist seit unserer Gründung 2014 ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit. Von Anfang an

hat der SDG-Fund sichergestellt, dass die Wirtschaft mit am Verhandlungstisch sitzt, wenn es um die Gestaltung neuer Partnerschaften oder Initiativen geht. Indem wir unsere spezifischen und komplementären Ressourcen, Technologien, Fähigkeiten und Netzwerke verbinden, kann der SDG-Fund mit der Privatwirtschaft an gemeinsamen Zielen wie integrativen Märkten, robuster ökologischer Nachhaltigkeit, verbesserter Lebensmittelversorgung und sozialer Teilhabe arbeiten.

Die richtungsweisenden Entscheidungen für die nachhaltige Entwicklung im vergangenen Jahr haben uns in unserer Zielsetzung zusätzlich ermutigt, einen dauerhaften Dialog zwischen der Privatwirtschaft und den Nachhaltigkeitsakteuren zu führen, um gemeinsam die Zielsetzungen der SDGs Wirklichkeit werden zu lassen.

Der langfristige Erfolg der Agenda 2030 hängt aber auch von entsprechenden Informationen und Reports ab, die sichtbar machen, wie Länder, Regionen und auch Unternehmen die Zielsetzungen in ihrer Arbeit umsetzen. Wie der oekom Corporate Responsibility Review 2016 unterstreicht, können die SDGs in der Tat als Richtlinien für das Nachhaltigkeitsengagement verstanden werden. Analysen wie dieser Jahresbericht tragen dazu bei, hier aufzuklären und Engagement anzufeuern, um eine nachhaltigere Welt zu bauen. Solche Maßnahmen unterstützen wir ausdrücklich.



Paloma Durán

Director United Nations Sustainable Development Goals Fund

„Alle reden vom Wetter – nur wir nicht“ – diesen Werbeslogan der Deutschen Bahn aus den 1970er Jahren würde heute wohl kein Unternehmen mehr verwenden. Niemals zuvor wurde soviel vom Wetter bzw. Klimawandel gesprochen wie 2015 und niemals zuvor war es auch so nötig. Weltweite Wetterkapriolen zeigen, dass unser Klima im Wandel ist. Ein gesellschaftlicher Grundkonsens und eine Einigung der Staaten auf gemeinsame Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sind daher notwendiger denn je. Mit der Verabschiedung der UN Sustainable Development Goals (SDGs) im September und den Beschlüssen der UN-Klimakonferenz im Dezember wurde das Jahr 2015 trotz gleichzeitiger wirtschaftlicher und humanitärer Krisen noch zum Jahr der Weichenstellungen für die Nachhaltigkeit. Der politische Rahmen für den Umgang mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen ist gesteckt und muss nun von der Wirtschaft und den Investoren mit Leben erfüllt werden.

Auf einem Investorengipfel Ende Januar 2016 in New York hatte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Versicherungen und Banken aufgerufen, ihren Beitrag zur Umsetzung der Beschlüsse von Paris zu leisten. Dabei bezeichnete er Investoren und Unternehmen, die aktiv mithelfen, Ressourcen in Richtung Dekarbonisierung und klimaverträgliches Wachstum umzuleiten, als „powerhouses of the 21st century“ und verortete diejenigen, die dies nicht tun, auf der „losing side of history“ – deutliche Worte des ansonsten eher zurückhaltend diplomatisch auftretenden obersten UN-Vertreters.

Und in der Tat, wenn wir die Entwicklung der Nachhaltigkeitsbestrebungen der Unternehmen betrachten, ist noch viel Raum nach oben. Nach wie vor erfüllen nur etwas mehr als 16 Prozent der Unternehmen weltweit unsere Mindestanforderungen an Nachhaltigkeitsmanagement und -leistungen und wurden daher in 2015 mit dem oekom Prime Status ausgezeichnet. Immerhin hat sich in der Verfolgergruppe etwas getan: Der Anteil der Unternehmen mit einer mittelmäßigen Nachhaltigkeitsperformance ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen und der Anteil der Unternehmen mit schlechter Performance leicht gesunken. Spannend ist hierbei auch die Frage, inwiefern das Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft die Erreichung der SDGs unterstützt. Dies

haben wir in diesem CR Review anhand von ausgewählten Problemstellungen analysiert – aber lesen Sie selbst.

Aus der Sicht des Nachhaltigen Investments ist ein Ergebnis unserer Analysen besonders interessant: Die meisten Branchensieger stammen aus Frankreich. Ist das ein Zufall? Nicht unbedingt. Das Land stellt den größten SRI-Markt in Europa dar, in dem die Politik schon früh klare Anreize setzte, Nachhaltigkeitskriterien auf Unternehmens- und Investorenebene zu integrieren. Als Beispiele seien hier die Einführung einer ESG-Berichtspflicht für Unternehmen im Jahr 2001 oder ganz aktuell die Transparenzvorschriften für Investoren im Rahmen des neuen Energiewendegesetzes zu nennen.

Hier wird ein Trend sichtbar, auf den sich nachhaltig agierende Investoren in 2016 stärker denn je einstellen müssen: Die politischen Zielvereinbarungen bedeuten nicht nur höhere Ansprüche an die Unternehmen, sondern auch an die Investoren und letztlich auch an Informationsdienstleister wie Ratingagenturen. Wir stellen uns dieser Aufgabe und entwickeln unser Ratingangebot kontinuierlich weiter. Unser Universum umfasst inzwischen über 3.700 Unternehmen und auch die Mitarbeiterzahl wurde auf inzwischen knapp 75 vergrößert. Damit sehen wir uns auch für die Herausforderungen in 2016 gerüstet und wollen so dem Anspruch gerecht werden, weiterhin qualitativ hochwertige Ratings als Grundlage für das nachhaltige Investment zu liefern.

Schließlich möchte ich mich auch bei Paloma Durán für ihr Grußwort zum diesjährigen Nachhaltigkeitsjahresbericht bedanken. Durán stimmt mit uns in der Hoffnung überein, dass die positiven Signale aus 2015 uns in diesem Jahr einen Schritt weiter in Richtung nachhaltiger Zukunft bringen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre.



Robert Haßler
CEO oekom research AG

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Entwicklung der ESG-Performance im oekom Universum

- ◆ Das Universum der von oekom research bewerteten Unternehmen ist bis Ende 2015 auf rund 3.700 gestiegen und umfasst dabei 55 Branchen. Abgedeckt werden damit wichtige nationale und internationale Aktienindizes. Zusätzlich beinhaltet das oekom Universe Nachhaltigkeitsleader außerhalb dieser Indizes sowie Small & Mid Caps aus Branchen mit hohem Bezug zum Thema Nachhaltigkeit (z. B. erneuerbare Energien, Recycling) und bedeutende, nicht-börsennotierte Anleiheemittenten. Für die Analysen im Rahmen des Corporate Responsibility Reviews wurden aus dieser **Grundgesamtheit** rund 1.600 international tätige Großunternehmen ausgewählt, die ihren Sitz in den Industrieländern haben.
- ◆ Die Anzahl der mit dem **oekom Prime Status** ausgezeichneten Unternehmen bleibt konstant: Wie bereits im Vorjahr erfüllen 16,3 Prozent der Unternehmen per Ende 2015 die von oekom research branchenspezifisch definierten Mindestanforderungen an Nachhaltigkeitsmanagement und -leistungen. Insgesamt ist jedoch ein langsamer Trend hin zu einer generellen Verbesserung der Nachhaltigkeitsleistungen zu verzeichnen. Mit 35,8 Prozent zeigt inzwischen etwas mehr als ein Drittel der Unternehmen erste, wenngleich oft noch unsystematische Ansätze zum Engagement im Nachhaltigkeitsbereich. Umgekehrt ging der Anteil der als „schlecht“ bewerteten Unternehmen weiter leicht zurück – von 49,7 Prozent in 2014 auf nun 47,85 Prozent.
- ◆ Die weiterhin am besten bewertete **Branche** ist der Bereich Household & Personal Products, der sich gegenüber 2014 leicht auf eine Bewertung von 47,4 auf der von 0 bis 100 reichenden Skala verbessert hat. Ebenfalls wie im Vorjahr kommt die Automobilindustrie auf den zweiten Rang mit einer Bewertung von 44,4. Auch hier ist eine leichte Verbesserung im Vergleich zu 2014 zu verzeichnen.
- ◆ Im **Ländervergleich** der bestbewerteten Unternehmen hat sich eine deutliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergeben: Im Jahresverlauf 2015 hatten französische Unternehmen die meisten Top 3-Platzierungen erreicht. Deutsche Unternehmen sind gegenüber 2014 zurückgefallen. Insgesamt führt Frankreich mit 16 Top 3-Platzierungen den Ländervergleich vor Großbritannien und Deutschland mit 13 bzw. 11 entsprechenden Platzierungen. Im Ranking der jeweiligen Branchensieger liegen alle drei Länder mit vier Unternehmen gleichauf.
- ◆ Besonders häufig in **Verstöße** gegen die Prinzipien des **UN Global Compact** sind die Ausrüster und Service-Unternehmen im Öl- und Gassektor involviert. Fast jedes zweite Unternehmen (45,5 Prozent) zeigt einen Verstoß gegen mindestens eines der Global Compact Prinzipien, wobei insbesondere Umweltverstöße festzustellen sind. Auf den Rängen zwei und drei folgen die Öl- und Gasunternehmen (41,3) und die Metall- und Bergbaubranche (36,8).
- ◆ Ausrüster und Service-Unternehmen der Öl- und Gasbranche sind mit 18,2 Prozent ebenfalls Spitzenreiter bei der Verwicklung in **Korruption**. Auf Rang zwei folgt die Baubranche mit 14,8 Prozent der Unternehmen. Die Dunkelziffer im Korruptionsbereich dürfte aber um ein Vielfaches höher liegen.
- ◆ Nach wie vor sind **Arbeitsrechtsverletzungen** in der Textilindustrie weit verbreitet und haben gegenüber 2014 sogar noch zugenommen. Mit 25 Prozent weist nun jedes vierte Unternehmen einen entsprechenden Verstoß auf. Die Metall- und Bergbaubranche (17,1) und die Automobilbranche (11,1) folgen auf Rang zwei und drei.
- ◆ In **Menschenrechtsverletzungen** sind vor allem Unternehmen der Metall- und Bergbaubranche involviert. 9,8 Prozent der Unternehmen weisen einen entsprechenden Verstoß auf. Fälle von Menschenrechtsverletzungen hat oekom research u. a. auch bei internationalen Handelskonzernen sowie in der Öl- und Gasbranche festgestellt.

- ◆ Vor allem Unternehmen der Öl- und Gas- sowie der Metall- und Bergbaubranche sind an **Umweltverstößen** beteiligt. Im Vergleich zum Vorjahr hat

sich der Anteil der betroffenen Unternehmen weiter erhöht und liegt nun bei 37,3 Prozent bzw. 34,2 Prozent.

Die UN Sustainable Development Goals im oekom Corporate Rating

- ◆ Die 17 Sustainable Development Goals (SDG) stellen erstmals einen gemeinsamen Zielkonsens der Staatengemeinschaft in Hinsicht auf die nachhaltige Entwicklung bis 2030 dar. Sie dienen mit ihren in insgesamt 169 Unterzielen formulierten Anforderungen sowohl Staaten als auch Unternehmen und Investoren als Leitplanken für die Ausgestaltung ihres jeweiligen Nachhaltigkeitsengagements. Mitarbeiter von oekom research zeigen im Folgenden an zehn ausgewählten Themenkomplexen, wie sich die Forderungen der SDGs in der Praxis des Unternehmensratings wiederfinden.
 - ◆ Im Kampf gegen den Klimawandel kommt der Kohle eine zentrale Rolle zu. Allerdings verfügen nur 35 Prozent der bewerteten Energieversorger mit einem Kohleanteil von mehr als 30 Prozent am Erzeugungsmix überhaupt über eine Klimastrategie, bei lediglich 18 Prozent hat oekom research umfangreiche Pläne zur Emissionsreduktion festgestellt. Mehr als die Hälfte der Unternehmen stellt keine oder unzureichende quantitative Klimadaten zur Verfügung.
 - ◆ Carbon Divestment als Anlagestrategie zur in den SDGs geforderten Reduzierung klimabedingter Risiken hat mit den Beschlüssen des Weltklimagipfels verstärkt an Fahrt aufgenommen. Bis Dezember 2015 war der Unterstützerkreis der Fossil-Fuel-Divestment-Bewegung auf 500 Institutionen mit einem Volumen von über 3 Billionen Euro an Assets angewachsen.
 - ◆ Zur Erreichung des 2-Grad-Ziels ist eine Neustrukturierung des weltweiten Energiesystems hin zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien nötig. Hier ist bereits ein positiver Trend zu verzeichnen. Den größten Anteil stellt in diesem Zusammenhang derzeit die Wasserkraft. Insgesamt gesehen ist der Anteil der Erneuerbaren mit 13 Prozent am
- Mix der weltweiten Primärenergie jedoch noch zu gering.
 - ◆ Wasser ist ein wesentlicher Aspekt, der von zahlreichen SDG-Zielformulierungen berührt wird. Hierzu zählen eine sichere Nahrungsmittelversorgung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie Gesundheit und Frieden. Die häufigsten Verstöße wurden 2015 hier – sowohl im Umwelt- als auch im Menschenrechtsbereich – bei Unternehmen der Metall- und Bergbaubranche festgestellt.
 - ◆ Palmöl ist hinsichtlich der Zielsetzung der SDGs einer der problematischsten Rohstoffe. Sowohl im Bezug auf die Aspekte Biodiversität und Klimawandel als auch bei den Arbeits- und Menschenrechten ist Palmöl als kritisch zu betrachten. Unter Einbeziehung auch kleinerer Kontroversen sind zwei Drittel der von oekom research bewerteten Unternehmen, die mit Palmöl handeln oder Palmöl anbauen, in Umwelt- oder Menschenrechtskonflikte verwickelt.
 - ◆ Der Einsatz von EDCs (Endocrine Disrupting Chemicals) nicht nur in der Chemie-Branche, sondern auch bei Herstellern von Haushaltsprodukten, Kosmetika und Elektronik steht der Zielsetzung der SDGs zur Sicherung gesunder Lebensverhältnisse entgegen. Vor allem diejenigen Unternehmen, deren Nachhaltigkeitsmanagement am weitesten entwickelt ist, zeigen dabei Bereitschaft zur Suche nach Alternativen.
 - ◆ Weltweit ist der Einsatz von Agrarchemikalien erheblich gestiegen und steht somit dem in den SDGs geforderten Schutz der Ökosysteme entgegen. Als Alternativen im Bereich der Schädlingsbekämpfung gelten Biologicals, die auch von großen Agrarkonzernen erforscht werden und einen zukunftssträchtigen Wachstumsmarkt darstellen.

- ◆ Mit 59 Prozent zeigt der Großteil der analysierten Unternehmen aus den Rohstoffbranchen (Metals & Mining sowie Oil, Gas & Consumable Fuels) keinerlei sichtbare Aktivitäten zur Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht gemäß des UN Global Compact. Nur 8 Prozent der bewerteten Unternehmen legen diesbezüglich umfassende Maßnahmenpakete vor.
- ◆ Abfallentsorgung und Recycling werden von den SDGs als wichtige Maßnahmen zur Erreichung von nachhaltigen Lebensweisen in Bezug auf den Konsum und den Verbrauch von Gütern verstanden. Dies geht einher mit dem wachsenden Verständnis dafür, welchen hohen Wert die Ressource Abfall darstellen kann. So ist in der IT-Branche ein Anstieg der von Unternehmen zurückgenommenen Abfallmenge um 20 Prozent in den letzten drei Jahren festzustellen.
- ◆ Zu den größten Faktoren im Bereich Ungleichheit zwischen Staaten sowie sozialer Gerechtigkeit gehören Steuervermeidung und Steuerflucht. Die im oekom Corporate Rating abgefragte Transparenz bei der Berichterstattung von Unternehmen zu ihren Gewinnen und Steuerzahlungen macht eine überwiegend schlechte Berichterstattungsqualität sichtbar. Nur 1,1 Prozent (24 Unternehmen) erreichen hier die Bestbewertung.

1. ESG Performance der Unternehmen im oekom Universe – Stand und Trends

1.1. Basis der Analyse: das oekom Universe

Die Anzahl der im oekom Universe analysierten und bewerteten Unternehmen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen und hat sich bis Dezember 2015 auf 3.700 erhöht. Es umfasst dabei u. a. alle Unternehmen, die in wichtigen internationalen sowie in zahlreichen nationalen Aktienindizes gelistet sind, und gliedert sich in drei Gruppen:

1. börsennotierte Großunternehmen aus konventionellen Branchen;
2. börsennotierte, häufig kleine und mittelständische Unternehmen aus Branchen mit einem hohen Bezug zum Thema Nachhaltigkeit, z. B. aus den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Recyclingtechnologien oder Wasseraufbereitung;
3. nicht-börsennotierte Emittenten von Anleihen, z. B. Landesbanken, supranationale Organisationen wie die Weltbank oder Eisenbahngesellschaften.

Alle Unternehmen werden nach einem einheitlichen Verfahren und auf Basis ausführlicher und regelmäßig aktualisierter Kriterienkataloge analysiert. Ziel des oekom Corporate Ratings ist es, die Nachhaltigkeitsleistungen der Unternehmen umfassend zu bewerten und innerhalb der einzelnen Branchen diejenigen Unternehmen zu identifizieren, die ein besonderes Engagement für eine nachhaltige Entwicklung zeigen. Die hierbei verwendeten Kriterien beziehen sich auf alle Bereiche der unternehmerischen Verantwortung. Sie umfassen jeweils rund 100 Einzelkriterien, von denen ein großer Teil branchenspezifisch ist. Hierzu zählen unter anderem der Umgang der Unternehmen mit Mitarbeitern und Zulieferern,

die umweltgerechte Gestaltung der Produkte sowie Umfang und Qualität des Umweltmanagements. Die Kriterien werden regelmäßig weiterentwickelt, um beispielsweise neuen technischen, gesellschaftlichen oder rechtlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Das oekom Corporate Rating ist Grundlage für unterschiedlichste nachhaltige Anlagestrategien, die von Integration und Best-in-Class-Ansatz bis hin zu Engagement und der Nutzung von Ausschlusskriterien reichen.

oekom research führt Analysen im Hinblick auf mögliche Verstöße zu insgesamt über 20 Ausschlusskriterien durch. Unterschieden werden dabei kontroverse Geschäftsfelder, wie z. B. Alkohol, Atomenergie oder Rüstungsgüter, und kontroverses Geschäftsverhalten, beispielsweise Verstöße gegen Arbeits- und Menschenrechte. Mit dem Katalog von Ausschlusskriterien deckt oekom research unter anderem die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) empfohlenen Kriterien ab.

Hinweis

Die folgenden Auswertungen zur ESG-Performance sowie zu den Verstößen gegen die Prinzipien des UN Global Compact beziehen sich nicht auf das gesamte von oekom research abgedeckte Unternehmensuniversum, sondern auf das Teiluniversum von international tätigen Großunternehmen, die ihren Sitz in den Industrieländern haben. Insgesamt sind dies rund 1.600 Unternehmen, sie werden im Folgenden als Global Large Cap Universe (GLCU) bezeichnet.

1.2. Gesamtpformance

Die Gesamtbewertung von Nachhaltigkeitsmanagement und -performance der international tätigen Großunternehmen (GLCU) zeigt einen langsamen, aber konstanten Aufwärtstrend. Gründe hierfür können ein steigendes Bewusstsein der Unternehmen

für das Thema Nachhaltigkeit und damit einhergehend eine höhere Basistransparenz sowie stärkere regulatorische Vorgaben sein. Immer mehr Unternehmen dürften aber auch die ökonomische Relevanz des Themas erkannt haben. Zwar ist nach wie

vor dem Großteil (47,85 Prozent) ein unzureichendes Engagement im Bereich Nachhaltigkeit zu bescheinigen, diese Zahl ist aber seit 2013 rückläufig. Der Trend zeigt sich auch im Positiven: Inzwischen gibt es bereits bei 35,87 Prozent der Unternehmen zumindest erste Ansätze von Nachhaltigkeitsbestrebungen – auch hier also eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der mit dem oekom Prime Status ausgezeichneten Unternehmen bleibt dagegen konstant: Wie bereits im Vorjahr erfüllen 16,3 Prozent der Unternehmen per Ende 2015 die von oekom research branchenspezifisch definierten Mindestanforderungen an Nachhaltigkeitsmanagement und -leistungen.

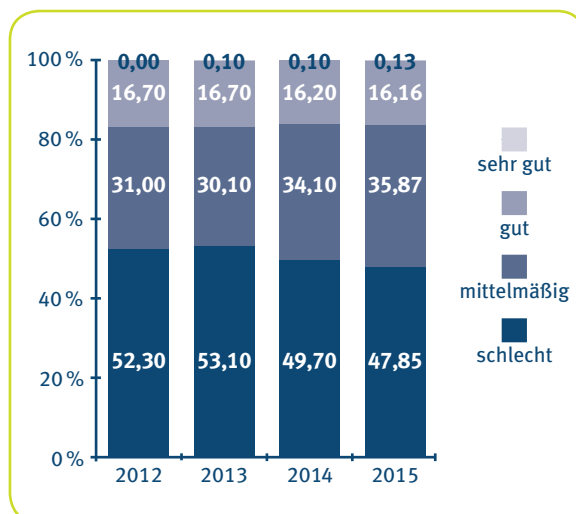


Abb. 1: Bewertung der Nachhaltigkeitsleistung von international tätigen Großunternehmen mit Sitz in den Industrieländern (GLCU); in %; Stand jeweils 31. 12. des Jahres; Quelle: oekom research (2016)

1.3. Branchenvergleich

oekom research verfolgt bei der Bewertung von Unternehmen einen dezidiert branchenspezifischen Ansatz. Von den insgesamt rund 700 Einzelindikatoren betreffen rund 90 Prozent branchenspezifische Aspekte. Um die Branchenbewertung trotzdem miteinander vergleichbar zu machen, werden im Folgenden die alphabetischen Noten auf der von D– bis A+ (Bestnote) reichenden oekom-Skala in numerische

Noten auf der Skala von 0 bis 100 (Bestbewertung) umgerechnet. Eine höhere Bewertung besagt dabei im Branchenvergleich, dass die Unternehmen einer Branche besser mit den branchenspezifischen Herausforderungen der Nachhaltigkeit umgehen als Unternehmen einer anderen Branche mit einer niedrigeren Bewertung.

1.3.1. Branchenbewertung: die besten Branchen

Die Betrachtung der Nachhaltigkeitsleistungen der Branchen zeigt nach wie vor viel Luft nach oben. Wie bereits in den vergangenen Jahren erreichten selbst die besten Branchen im Durchschnitt nicht einmal die Hälfte der Maximalpunktzahl, die meisten Branchen nicht einmal ein Drittel und die besonders schlechten Branchen dabei sogar deutlich weniger als ein Viertel.

Unveränderter Vorreiter im Umgang mit den nachhaltigkeitsbezogenen Herausforderungen ist die Branche Household & Personal Products. Sie erreicht eine durchschnittliche Bewertung von 47,4 auf der von 0 bis 100 reichenden Skala (vgl. Abb. 2) und hat sich gegenüber den Vorjahren weiter leicht verbessert. Den Spitzenplatz innerhalb dieser Branche nimmt ebenfalls unverändert der deutsche Konsumgüter-Hersteller Henkel mit einer Bewertung von immerhin 74,5 ein. Auf den zweiten Platz der Bran-

chenbewertung landen wie in den Vorjahren auch die Unternehmen der Automobilindustrie. Sie kommen im Durchschnitt auf eine Bewertung von 44,4 und konnten sich gegenüber 2014 ebenfalls leicht verbessern. Schlusslichter im Branchenvergleich sind unter anderem die Geschäftsbanken und Versicherungen, die Bau- und Immobilienbranche sowie die Öl- und Gasbranche, der Einzelhandel und das Logistikgewerbe.

Wenngleich keine der untersuchten Branchen einen höheren Wert als 50 erzielen konnte und der große Teil nach wie vor weniger als ein Drittel der Punktzahl erreicht, ist in vielen Branchen eine langsame, aber kontinuierliche Steigerung der Durchschnittsbewertung zu verzeichnen. Dies lässt sich an der Entwicklung zwischen den Jahren 2010 und 2015 ablesen (vgl. Abb. 3).

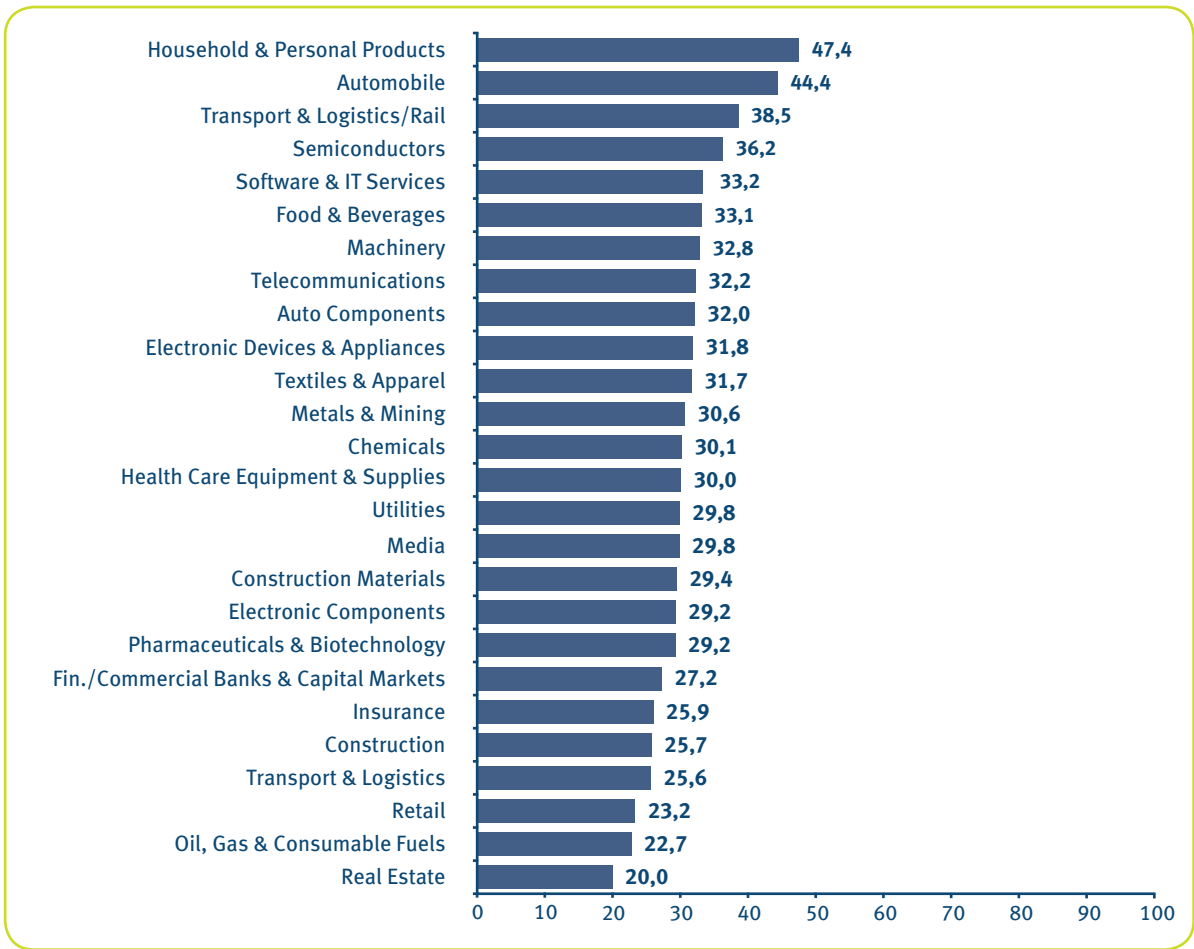


Abb. 2: Durchschnittliche Bewertung der Unternehmen ausgewählter Branchen auf einer Skala von 0 bis 100 (Bestnote); Basis: GLCU; Stand: 31.12.2015; Quelle: oekom research (2016)

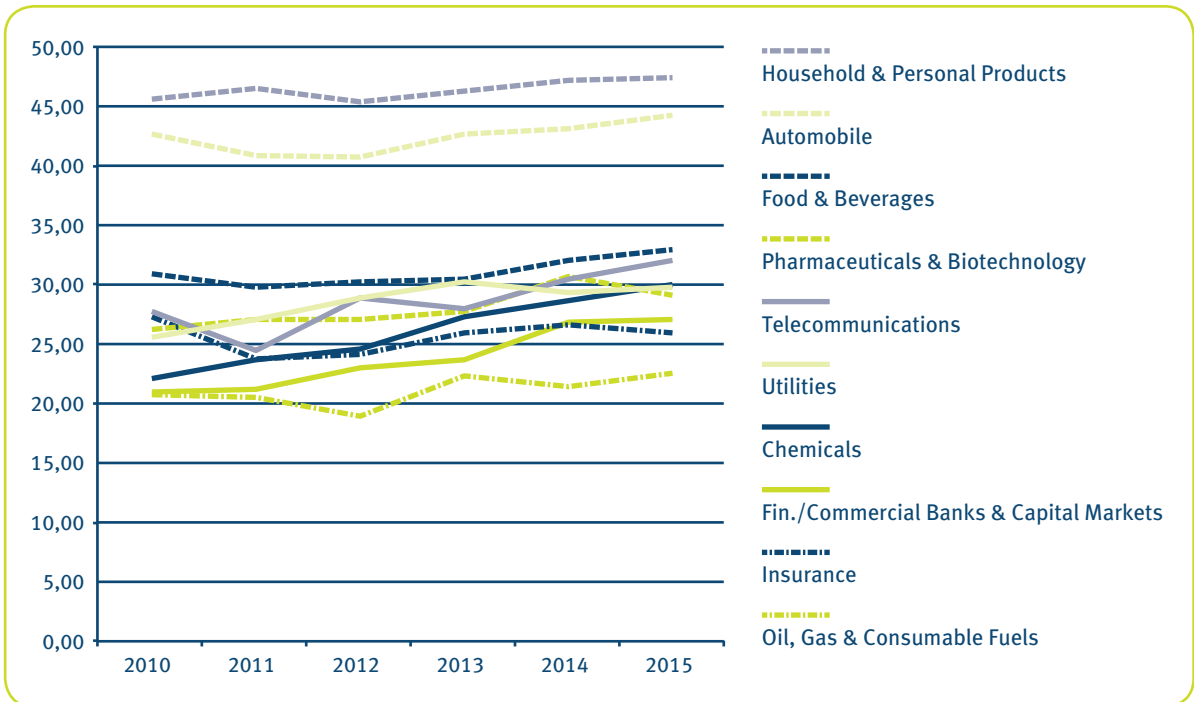


Abb. 3: Entwicklung der Durchschnittsbewertung der Unternehmen ausgewählter Branchen in den vergangenen Jahren auf einer Skala von 0 bis 100 (Bestnote); Basis: GLCU; Stand: 31.12.2015; Quelle: oekom research (2016)

1.3.2. Branchensieger: die besten Unternehmen

Was die geografische Verteilung der aus Nachhaltigkeitsicht am besten bewerteten Unternehmen betrifft, wird die Nationenwertung von Frankreich vor Großbritannien und Deutschland angeführt. Von den besten Unternehmen einer Branche kommen jeweils vier aus diesen Ländern. Nimmt man bei dieser Betrachtung auch noch die Zweit- und Drittplatzierten hinzu, führt Frankreich mit 16 Top 3 platzierten Unternehmen deutlich vor Großbritannien (13) und

Deutschland (11). Rang 4 nehmen die USA (neun Unternehmen) ein, Rang 5 belegt Schweden (vier Unternehmen). Die besten Unternehmen stammen somit wiederum mehrheitlich aus Europa.

Wie in den vergangenen Jahren zeigte auch in 2015 kein Unternehmen im GLCU so umfassende Nachhaltigkeitsleistungen, dass es von oekom research mit einer A-Note bewertet wurde.

Tab. 1: Die besten drei Unternehmen in ausgewählten Branchen; Basis: GLCU; Stand: 31. 12. 2015; Unternehmen in Klammern haben den oekom Prime Status nicht erreicht; Quelle: oekom research (2016)

Branche	Rang 1			Rang 2			Rang 3		
Auto Components	Johnson Controls Inc	US	B–	Michelin	FR	C+	Valeo SA	FR	C+
Automobile	Peugeot SA	FR	B	Bayerische Motoren Werke AG	DE	B	Renault SA	FR	B
Chemicals	Akzo Nobel NV	NL	B–	Evonik Industries AG	DE	B–	BASF SE	DE	B–
Construction	Vinci SA	FR	C+	(Barratt Developments PLC)	GB	C	(Skanska AB)	SE	C
Construction Materials	Geberit AG	CH	B	Cie de Saint-Gobain	FR	C+	CRH PLC	IE	C+
Electronic Components	Schneider Electric SE	FR	B	Legrand SA	FR	C+	OSRAM Licht AG	DE	C+
Electronic Devices & Appliances	Koninklijke Philips NV	NL	B–	Ericsson	SE	B–	Fujitsu Ltd	JP	C+
Financials/Commercial Banks & Capital Markets	DNB ASA	NO	C+	UniCredit SpA	IT	C	Societe Generale SA	FR	C
Food & Beverages	Coca-Cola Enterprises Inc	US	B–	Coca-Cola HBC AG	CH	B–	Unilever PLC	GB	C+
Health Care Equipment & Supplies	Coloplast A/S	DK	C+	Baxter International Inc	US	C+	Sonova Holding AG	CH	C+
Household & Personal Products	Henkel AG & Co KGaA	DE	B+	L’Oreal SA	FR	B	Colgate-Palmolive Co	US	B–
Insurance	CNP Assurances	FR	C+	Hannover Rueck SE	DE	C+	Swiss Re AG	CH	C+
Machinery	Atlas Copco AB	SE	B	Volvo AB	SE	B–	MAN SE	DE	B–
Media	RELX PLC	GB	B–	WPP PLC	GB	C+	Sky PLC	GB	C+
Metals & Mining	Norsk Hydro ASA	NO	B	Anglo American PLC	GB	B–	Boliden AB	SE	B–

Branche	Rang 1			Rang 2			Rang 3		
Oil, Gas & Consumable Fuels	Snam SpA	IT	B	Enagas SA	ES	B	TOTAL SA	FR	B-
Pharmaceuticals & Biotechnology	AstraZeneca PLC	GB	B-	GlaxoSmith Kline PLC	GB	B-	Sanofi	FR	B-
Real Estate	British Land Co PLC/The	GB	B-	Gecina SA	FR	C+	Hammerson PLC	GB	C+
Retail	Tesco PLC	GB	B-	Marks & Spencer Group PLC	GB	C+	Carrefour SA	FR	C+
Semiconductors	STMicro-electronics NV	CH	B+	Intel Corp	US	B	Texas Instruments Inc	US	B-
Software & IT Services	SAP SE	DE	B	Microsoft Corp	US	B-	IBM	US	B-
Telecommunications	Deutsche Telekom AG	DE	B	Telecom Italia SpA	IT	B-	Swisscom AG	CH	B-
Textiles & Apparel	Gildan Activewear Inc	CA	B-	Hennes & Mauritz AB	SE	C+	NIKE Inc	US	C+
Transport & Logistics	Deutsche Lufthansa AG	DE	C+	Deutsche Post AG	DE	C+	(Royal Mail PLC)	GB	C
Transport & Logistics/Rail	MTR Corp Ltd	HK	B-	Canadian National Railway Co	CA	C+	East Japan Railway Co	JP	C+
Utilities	Terna Rete Elettrica Nazionale	IT	B+	Red Eléctrica Corporación SA	ES	B	Suez Environnement Co	FR	B-

1.4. Kontroverses Geschäftsverhalten

Neben dem Umfang und der Qualität der nachhaltigkeitsbezogenen Anstrengungen bewertet oekom research auch Aktivitäten der Unternehmen in kontroversen Geschäftsbereichen, z. B. Atomenergie, grüne Gentechnik und Rüstung, sowie ein mögliches kontroverses Geschäftsverhalten der Unternehmen. Bei

letzterem dienen anerkannte Normen als Maßstab, wie sie beispielsweise in den zehn Prinzipien des UN Global Compact, der weltweit bedeutendsten Selbstverpflichtung von Unternehmen zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung, formuliert sind.

1.4.1. Verstöße gegen den UN Global Compact: die kontroversesten Branchen

Die kontroversesten Branchen stammen auch dieses Jahr wieder aus dem Rohstoff-Sektor. Die Förderung von Rohstoffen geht nicht nur häufig mit Landnutzungskonflikten und damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen einher. Der Betrieb der Förderanlagen stellt in vielen Fällen zudem eine Gefahr für sensible Ökosysteme und die Lebensgrundlage für die lokale Bevölkerung dar. Zusätzlich ist

die Fördertätigkeit für die Arbeiter mitunter mit großen Gefahren verbunden, sodass die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle vergleichsweise hoch ist. Dass die Fördergebiete oft in Entwicklungs- und Schwellenländern mit unzureichenden Mindeststandards in Sachen Umwelt, Arbeits- und Menschenrechte liegen, verschärft das Problem. Eine andere Problemlage ergibt sich in Branchen wie dem fast ebenso

exponierten Textilsektor: Aufgrund der Auslagerung der Produktion in Niedriglohnländer kommt es re-

gelmäßig zur Missachtung international anerkannter Mindestarbeitsstandards in der Zulieferkette.

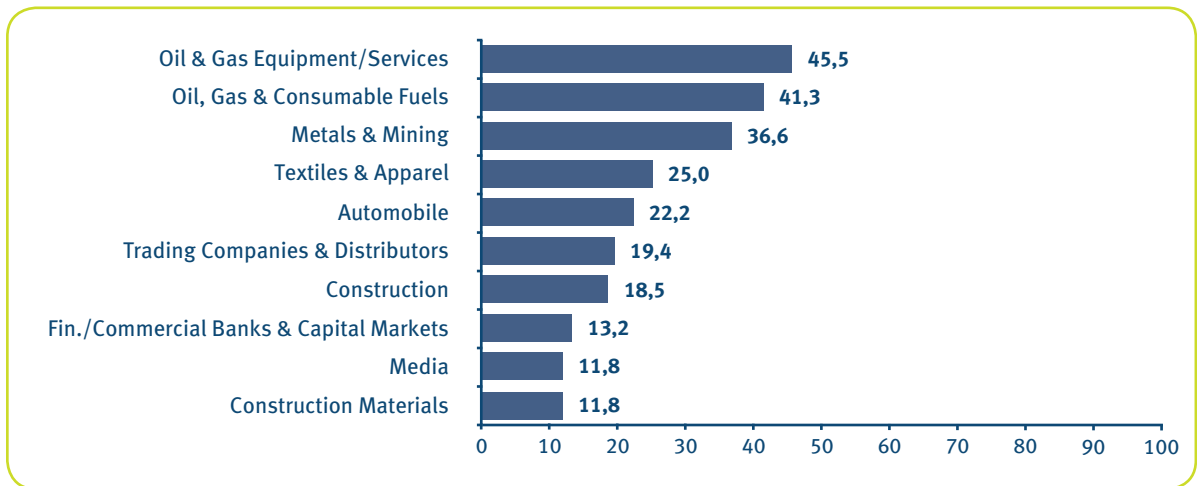


Abb. 4: Anteil der Unternehmen der Top 10-Branchen mit Verstößen gegen die Prinzipien des UN Global Compact; in %; Stand: 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

1.4.2. Korruption

Auch im Jahr 2015 hat sich wieder gezeigt, dass Korruption insbesondere in Bereichen auftritt, in denen Großaufträge vergeben werden, wie es etwa bei Infrastrukturprojekten der Fall ist. Trotz der hohen Dunkelziffer, die auf 80 bis 90 Prozent geschätzt wird, gab es bei fast jedem fünften Ausrüster bzw. Service-Unternehmen im Öl- und Gassektor klare Indizien für

korruptes Verhalten. Etwas weniger Fälle lagen in der Baubranche vor, womit die beiden Branchen gegenüber dem Vorjahr die Plätze getauscht haben. Einen zweiten Bereich, in dem die Korruptionsrate traditionell hoch ist, bildet der Pharma- und Gesundheitssektor. Allerdings waren hier die Zahlen gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

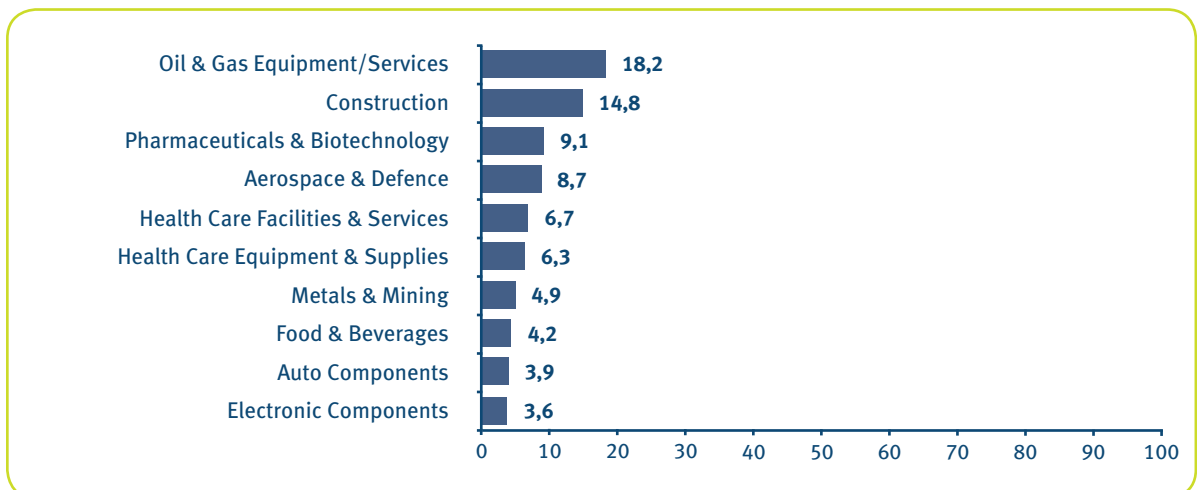


Abb. 5: Anteil der Unternehmen der Top 10-Branchen mit Verstößen im Bereich Korruption; in %; Stand: 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

1.4.3. Arbeitsrechtsverletzungen

Neben der Nichteinhaltung der Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO), in denen Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierung und Einschränkung der Vereinigungsfreiheit thematisiert

werden, sieht das Corporate Rating von oekom research zahlreiche weitere Aspekte als Arbeitsrechtsverletzung. Hierzu zählen gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze und mangelhafte Arbeitssicherheit, ex-

zessive Überstunden und extrem schlechte Gehälter sowie erzwungene Schwangerschafts- und HIV-Tests. Besonders hoch ist der Anteil der Unternehmen mit Verstößen im Bereich der Arbeitsrechte in der Textilindustrie. Jedes vierte Unternehmen der Branche weist hier einen Verstoß auf. In der Regel treten die Missstände in der Zulieferkette auf, die aus Kostengründen bewusst in Niedriglohnländern angesiedelt wird. Trotz entsprechender Management- und Auditsysteme der zumeist in Industrieländern beheimateten Textilunternehmen gehört die Ausbeutung

von Arbeitnehmern bei Zulieferbetrieben nach wie vor zur Tagesordnung. An zweiter Stelle der kontroversesten Branchen rangiert in der aktuellen Studie der Bergbausektor. Die Arbeit in Minen ist oft gefährlich; zudem sind die Sicherheitsstandards in den in vielen Fällen in Entwicklungs- und Schwellenländern gelegenen Fördergebieten nicht immer ausreichend. Die Folge ist eine hohe Zahl an tödlichen Arbeitsunfällen, die Minenkonzerne jedes Jahr zu verzeichnen haben.

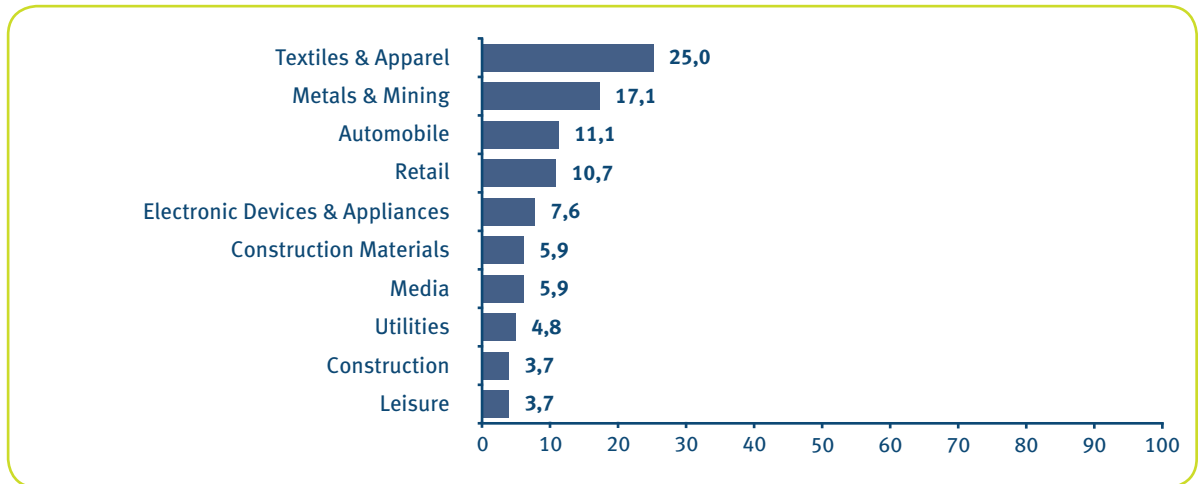


Abb. 6: Anteil der Unternehmen der Top 10-Branchen mit Verstößen im Bereich Arbeitsrechte; in %; Stand: 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

1.4.4. Menschenrechtsverletzungen

In Abgrenzung zu den Arbeitsrechtsverletzungen ordnet oekom research jene Vorkommnisse, bei denen bewusst eine massive Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens von Anwohnern, Kunden oder anderen Personen in Kauf genommen wird, den Menschenrechtsverletzungen zu. Hierzu zählen außerdem:

- ◆ Aktivitäten, die in den Bereich des Menschenhandels fallen;
- ◆ Aktivitäten und Projekte, die das Selbstbestimmungsrecht Dritter in massiver Weise verletzen;
- ◆ Aktivitäten und Projekte, die das kulturelle Selbstbestimmungsrecht oder die kulturelle Würde Dritter in massiver Weise missachten.

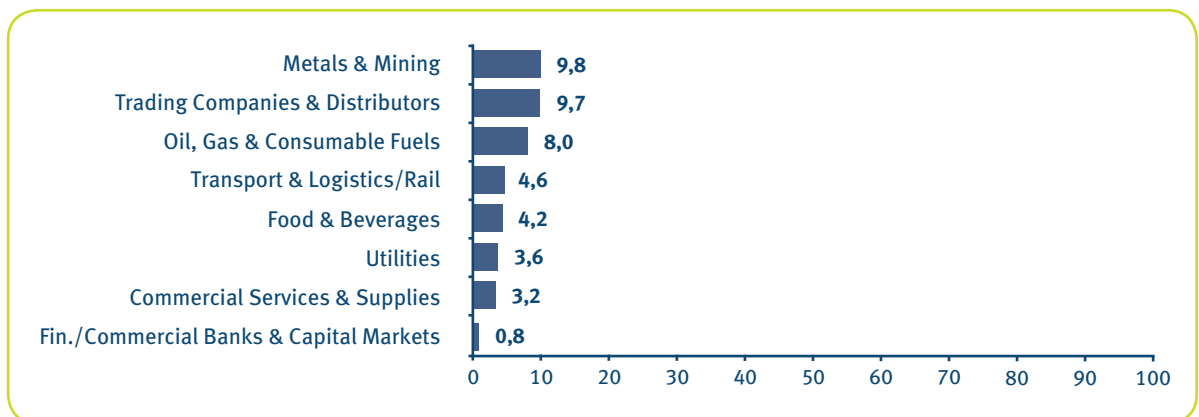


Abb. 7: Anteil der Unternehmen der einzelnen Branchen mit Verstößen im Bereich Menschenrechte; vollständige Aufzählung der betroffenen Branchen; in %; Stand: 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

Verstöße in diesen Bereichen zeigen mit fast zehn Prozent besonders häufig die Unternehmen der Metall- und Bergbaubranche. Weiterhin wurden Fälle bei internationalen Handelskonzernen und in der Öl- und Gasbranche dokumentiert. Auslöser für Kontroversen sind häufig Landnutzungskonflikte zwischen den Unternehmen und der lokalen Bevölkerung sowie die Zerstörung der Lebensgrundlage von Anwohnern der Fördergebiete. Analog zu den ande-

ren Themenfeldern aus dem Global Compact legt oekom research auch bei Menschenrechtsverletzungen strenge Maßstäbe an einen formalen Verstoß. Neben den besonders schweren Fällen, die zu einem Verstoß führen, gibt es eine Vielzahl von weiteren Menschenrechtskontroversen, sodass der Anteil der Unternehmen in diesen Branchen, die Auslöser für die Einschränkung von Menschenrechten sind, insgesamt noch deutlich höher ist.

1.4.5. Umweltverstöße

Auch wenn es um die Zerstörung der Umwelt geht, sind Unternehmen aus der Öl- & Gas- und der Bergbaubranche besonders häufig involviert. Mehr als jedes dritte analysierte Unternehmen (37,3 bzw. 34,2 Prozent) in diesen Branchen weist einen entsprechenden Verstoß auf.

Negative Auswirkungen auf die Flora und Fauna sowie Luft, Wasser und Boden haben insbesondere die Exploration und Förderung der Rohstoffe, der damit verbundene Auf- und Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur, z. B. Straßen und Pipelines, sowie die Lagerung und Entsorgung von kontaminiertem Abraum oder Aufbereitungsrückständen. Der Anteil der betroffenen Unternehmen in der Öl- & Gasbranche hatte sich bereits im vergangenen Jahr

gegenüber 2013 von 15,1 auf 31,0 Prozent in 2014 verdoppelt und hat sich nun sogar auf über 37 Prozent weiter erhöht. Hintergrund ist hier vor allem, dass oekom research seit 2014 auch spezielle Formen des Frackings als Umweltverstoß wertet.

Auf Platz fünf der Rangliste der Branchen mit Verstößen im Bereich des Umweltschutzes landet die Automobilindustrie mit über 11 Prozent. Hier waren 2015 vor allem die Betrugsvorwürfe gegen den deutschen Autobauer Volkswagen hinsichtlich der Manipulation von Stickoxid-Emissionsmessungen und falscher Angaben zu CO₂-Emissionen präsent, die unter anderem zu einer Aktivierung des Ausschlusskriteriums „Controversial Environmental Practices“ geführt hatten.

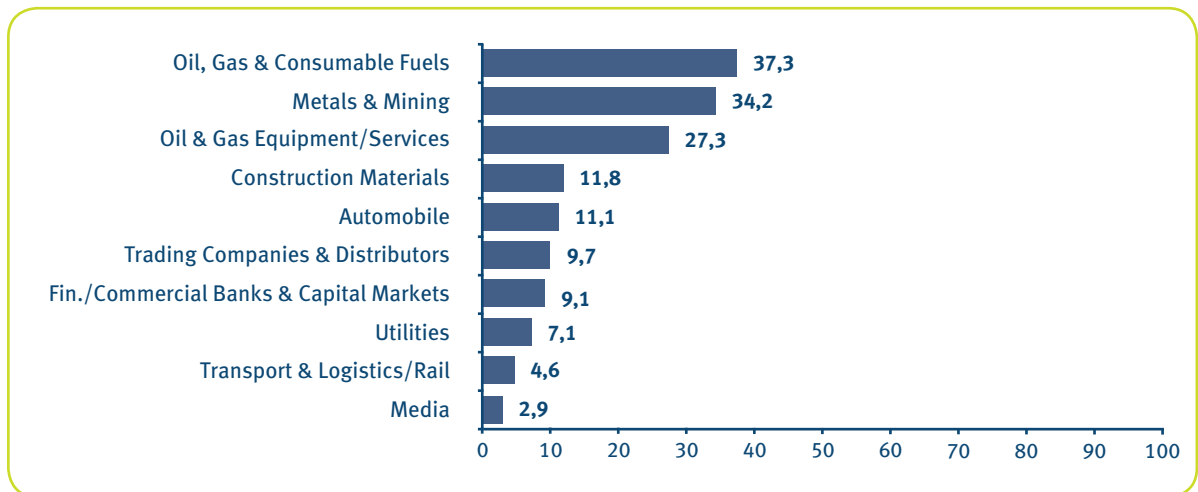


Abb. 8: Anteil der Unternehmen der Top 10-Branchen mit Verstößen im Bereich Umweltschutz; in %; Stand: 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

2. Die UN Sustainable Development Goals – ein neuer globaler Rahmen für nachhaltige Entwicklung

Mit den UN Sustainable Development Goals (SDGs, auch Global Goals genannt) verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 einen neuen Zielkonsens nachhaltiger Entwicklung bis 2030. Sie sind nicht nur Leitplanken für die Zukunft einer globalen Gesellschaft, sondern können auch die Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten und Ziele von Unternehmen und Investoren

Lisa Kim Breitenbruch
ANALYST



mitbestimmen. Wer nachhaltig handeln will, kommt daher um die Berücksichtigung der 17 SDGs nicht herum.

Die UN Sustainable Development Goals: ein Überblick

Im Vergleich zu ihren Vorgängern, den 2015 ausgelaufenen UN Millennium Development Goals (MDGs), zeichnen sich die in einem dreijährigen Verhandlungsprozess entwickelten SDGs durch einige zentrale Neuerungen aus:

- ◆ Zusammengefasst werden die 17 SDGs unter den fünf Leitthemen People (Menschen), Planet (Erde), Prosperity (Wohlstand), Peace (Frieden) und Partnership (Partnerschaft).
- ◆ Neben sozialen Themen wie Hungerbekämpfung, Gesundheit und Bildung (People), die die Basis der MDGs bildeten, nehmen mit Planet und Prosperity nun ökologische und ökonomische Ziele (etwa in den Bereichen Klimawandel, Energie, Wasser, Beschäftigung, Produktion und Konsum) einen gleichwertigen Raum ein.

- ◆ Mit dem Leitthema Peace wird der besonderen Interdependenz von Frieden und nachhaltiger Entwicklung Rechnung getragen.
- ◆ Unter dem Stichwort Partnership richten sich die SDGs nicht mehr nur an Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern an alle Staaten gleichermaßen. Darüber hinaus betonen sie weit stärker die Rolle nicht-staatlicher Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft für die Zielerreichung.

Durch diese Neuerungen sind die SDGs weit umfangreicher und komplexer geworden als ihre Vorgänger. Sie gliedern sich in 17 Ziele mit insgesamt 169 Unterzielen auf (1).

Erreichbarkeit, Ambition und Messbarkeit: die Kritik

Die Komplexität stellt, neben ihrer völkerrechtlichen Nichtverbindlichkeit, einen zentralen Kritikpunkt an den SDGs dar. Die große Anzahl an Zielen bedingt, dass einige in gewissem Widerspruch zueinander stehen. Teilweise wird diesen Zielkonflikten mit entsprechenden „Entkopplungszielen“ begegnet (2). Insgesamt sind viele Ziele und Unterziele aber so vage formuliert, dass ihre tatsächliche Ambitioniertheit unklar bleibt. Konkrete quantitative und qualitative Indikatoren zur Messung der SDG-Zielerreichung sind aktuell noch in der Entwicklung. Ein Vorschlag der zuständigen Inter-Agency and Expert Group on

SDG Indicators, der pro Unterziel im Schnitt zwei Indikatoren vorsieht, muss noch von der UN Statistical Commission angenommen werden (3).

Die Politik, allen voran nationale Regierungen, nimmt weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der SDGs ein. Diese sollen durch nationale Aktionspläne ein förderliches Umfeld, auch für die Beiträge anderer Akteure, schaffen. Oft ist jedoch die Kritik zu hören, dass die Vielzahl an Zielen es Regierungen zu leicht machen könnte, sich selektiv auf einzelne Ziele zu konzentrieren und eventuelle Nichterreichung anderer Ziele damit zu begründen.

Risiken minimieren und Chancen ergreifen: die Rolle der Wirtschaft

Für privatwirtschaftliche Unternehmen bietet die Vielfalt an Entwicklungszielen auch eine Chance,

die ihnen zugeschriebene stärkere Mitverantwortung pragmatisch zu ergreifen. Im Aufzeigen von Wegen,

wie Unternehmen zur SDG-Erreichung beitragen können, ist auf UN-Seite vor allem der UN Global Compact (UNGC) aktiv. Er versteht die SDGs in erster Linie als Orientierungsrahmen für Unternehmen, welcher die Erwartungen externer Stakeholder – insbesondere der Politik – an Nachhaltigkeit und nachhaltiges Wirtschaften festschreibt.

Innerhalb dieses Rahmens bringt der Global Compact den Beitrag der Privatwirtschaft auf eine einfache Formel: „*Business contribution to the SDGs = act responsibly + find opportunity*“ (4).

Dabei wird eine klare Priorisierung der beiden Aspekte vorgenommen:

„Act responsibly“

Durch verantwortliches unternehmerisches Handeln sollen Firmen zunächst die negativen Auswirkungen ihres aktuellen Geschäftsmodells auf Mensch und Umwelt vermeiden beziehungsweise zumindest reduzieren und kompensieren. Allein durch dieses Risikomanagement und die Einhaltung gewisser Mindeststandards in Bereichen wie Arbeits- und Menschenrechte, Umweltschutz und Wirtschaftsethik seien bereits enorme Fortschritte bei der Erreichung der SDGs zu erzielen.

„Find opportunity“

Die SDGs greifen vielfältige Probleme in Bereichen wie Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, Bildung, Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung auf und erklären deren Lösung zur globalen Priorität der kommenden Jahrzehnte. Sie zielen darauf ab, öffentliche und private Investitionsströme in Richtung der SDG-Zielerreichung zu verschieben. In einem zweiten Schritt sollen Unternehmen die sich daraus ergebenden Marktchancen ergreifen und durch die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen, die direkt zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen, ihren positiven Beitrag erhöhen.

Nicht alle SDGs sind für alle Unternehmen gleichermaßen relevant. Je nach Branche, Geschäftsmodell und Region sind Unternehmen unterschiedlichen Risiken ausgesetzt und haben andersartige Chancenprofile. Mit dem sogenannten SDG Compass (5) hat der UN Global Compact gemeinsam mit der Global

Reporting Initiative (GRI) und dem World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) ein Instrumentarium entwickelt, mit dem Unternehmen eine erste Bewertung ihres Chancen- und Risikoprofils vornehmen und die für sie strategisch relevantesten SDGs identifizieren können.

Anreize schaffen und Kapital bereitstellen: nachhaltiges Investment und die SDGs

Zwar weichen die diesbezüglichen Schätzungen teilweise stark voneinander ab, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung der SDGs bis 2030 jährlich mehrere Billionen Euro kosten wird. Nach den Vorstellungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstaaten soll ein Großteil der notwendigen Gelder von privater Hand kommen. Damit definieren die SDGs auch die Erwartungen der globalen Politik an nachhaltige Investitionen neu.

Nachhaltig orientierte Anleger, die ihre Investments in Richtung SDG-Zielerreichung verschieben möchten, müssen sich daher mit folgenden Fragestellungen auseinandersetzen:

- ◆ Welche Unternehmen handeln verantwortlich und haben die negativen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit bestmöglich reduziert?
- ◆ Welche Unternehmen bieten innovative Produkte und Dienstleistungen an, die direkt zur Lösung globaler Nachhaltigkeitsprobleme beitragen?

In den folgenden Kapiteln diskutieren Analysten von oekom research diejenigen SDG-relevanten Themenbereiche, die sowohl im vergangenen Jahr 2015 als auch aktuell für 2016 im Nachhaltigkeitsrating hohe Relevanz haben und von großer Bedeutung für nachhaltig agierende Unternehmen und Investoren sind. Die Auswahl der Themen spiegelt zugleich den Stand und die Situation der Nachhaltigkeitsdiskussion wider, wie sie sich im täglichen Rating- und Dialogprozess mit den Unternehmen darstellt. Die Auswertungen der Ratingergebnisse beziehen sich auf das gesamte oekom Universum.

Quellen:

- (1) <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>
- (2) Ein Beispiel ist das Unterziel 8.4, welches auf eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und der damit verbundenen Umweltauswirkungen abzielt.
- (3) <http://unstats.un.org/sdgs/iaeg-sdgs/>
- (4) https://www.unglobalcompact.org/docs/issues_doc/development/GCforSDbrochure.pdf
- (5) <http://sdgcompass.org/>

2.1. Die Sustainable Development Goals und der Weltklimagipfel in Paris: der Anfang vom Ende der Kohle

Nach mehr als einem Jahrzehnt exorbitanten Wachstums hat die Kohleindustrie einen zunehmend schweren Stand. Die Aussichten, die Kohleabhängigkeit der weltweiten Energieversorgung zu reduzieren, standen niemals besser als heute. Dies nicht zuletzt deshalb, weil ethische Motivationen und ökonomische Ambitionen von nachhaltig agierenden Investoren zu einem historisch günstigen Zeitpunkt Hand in Hand zu gehen scheinen. Niemand bezweifelt mehr, dass eine Dekarbonisierung der Wirtschaft unabdingbar ist. Hinzu kommen ein dramatischer Preisverfall, die zunehmende Konkurrenzfähigkeit erneuerbarer Energien gegenüber fossilen Brennstoffen sowie erhebliche Finanzierungsrisiken für Kohleprojekte aufgrund strengerer Umweltgesetzgebungen.

Zwischen den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen und der Kohleindustrie gibt es

Karsten Greye
LEAD ANALYST



mehrere Berührungspunkte, insbesondere in Hinblick auf die Kohleförderung und die Verbrennung der Kohle in Kraftwerken zur Energiegewinnung. Die offensichtlichste Verbindung besteht zum SDG 13 „take urgent action to combat climate change and its impact“, also der sofortigen Ergreifung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen. Hier liegt es geradezu auf der Hand, den größten Handlungsbedarf und die besten Erfolgsaussichten bei dem klimaschädlichsten aller fossilen Brennstoffe – nämlich der Kohle – zu identifizieren.

Klima- und Finanzierungsrisiken nehmen zu

Um die Welt auf den Pfad des 2°C-Klimaziels zu bringen, müssten bis zum Jahr 2020 circa 290 GW an Kapazität ineffizienter, sogenannter „unterkritischer“ Kohlekraftwerke stillgelegt werden, so Christiana Figueres, Generalsekretärin der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). Allerdings ist aktuell nach Angaben von Climate Action Tracker, einem wissenschaftlichen Konsortium renommierter Forschungsinstitute (1), der Bau von weiteren 2.440 Kohlekraftwerken in Planung. Würden alle Projekte realisiert werden, überstiegen die resultierenden Emissionen das 2°C-kompatible Emissionsbudget um 400 Prozent. Erfahrungsgemäß werden allerdings bei weitem nicht alle geplanten Projekte auch tatsächlich verwirklicht: Zwischen 2010 und 2014 wurde nur jedes dritte Kohlekraft-

werksprojekt realisiert (2). Die Risiken für Investoren, dass Projekte scheitern oder bestehende, vor allem ineffiziente und schmutzige Kohlekraftwerke, stillgelegt und dadurch zu „Stranded Assets“ werden, sind hoch und steigen weiterhin an. Umweltregulierungen sowohl in der OECD – hier vor allem in den USA und der EU –, aber auch in Schwellenländern wie China stellen die Rentabilität neuer Kohlekraftwerksprojekte zunehmend infrage. Der weltweite Konsens des Weltklimagipfels von Paris, den Temperaturanstieg sogar auf 1,5°C zu begrenzen, erhöht die Finanzierungsrisiken noch weiter. Auf Investorensseite gewinnen zudem Carbon-Divestment-Strategien immer mehr an Dynamik und setzen Unternehmen zusätzlich unter Handlungsdruck (vgl. Kapitel 2.2).

Die Wenigsten haben eine angemessene Klimastrategie

Wie kommen Unternehmen diesen Entwicklungen nach? Eine Auswertung der von oekom research bewerteten 55 Energieversorger mit einem Kohleanteil von mehr als 30 Prozent am Erzeugungsmix offenbart, dass nur 35 Prozent der Unternehmen eine angemessene oder umfangreiche Klimastrategie implementiert haben. Unternehmen aus OECD-Ländern erreichen dabei mit einer durchschnittlichen Note von C+ eine deutlich bessere Bewertung als Unternehmen aus nicht-OECD-Ländern (D+). In letzteren

besteht jedoch gerade aufgrund ihres hohen Anteils am weltweiten Kohleverbrauch der höchste Handlungsbedarf. Grundlegende Voraussetzung für die Formulierung und Umsetzung einer Klimastrategie ist die Erfassung valider Emissionsdaten. Mehr als die Hälfte der Unternehmen stellt aber keine oder unzureichende quantitative Klimadaten zur Verfügung. Umfassende Emissionsreduktionsziele sowie Aktionspläne, um diese zu erreichen, haben sogar nur 18 Prozent der Unternehmen etabliert. Darüber

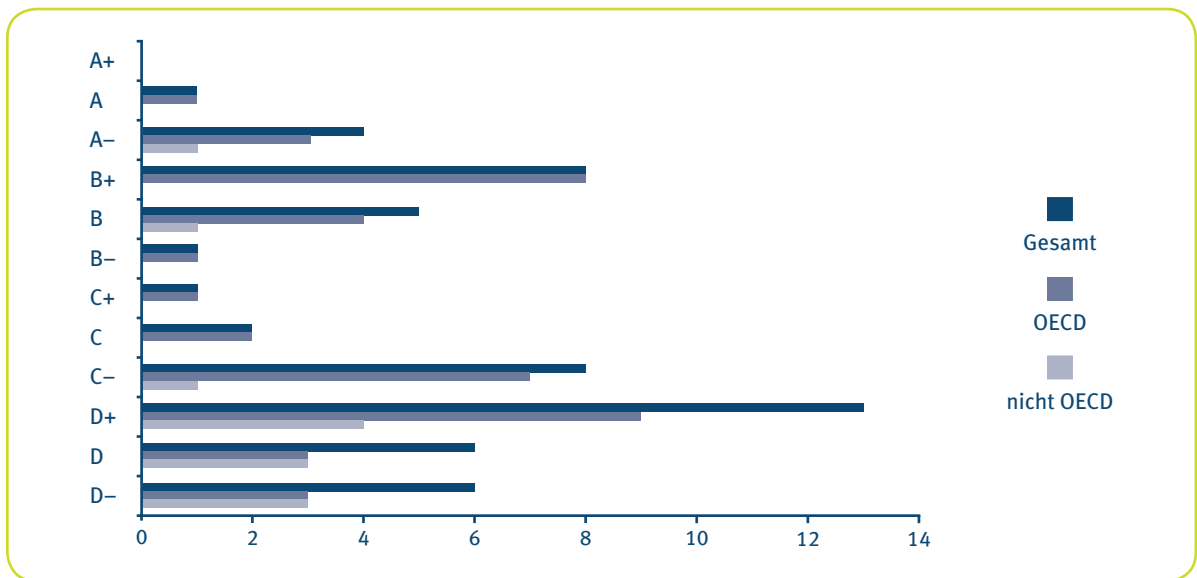


Abb. 9: Bewertungen der Klimastrategie von 55 Energieversorgern mit einem Kohleanteil von >30 Prozent am Energiemix; Stand jeweils 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

hinaus ist Transparenz in Bezug auf die Exponiertheit gegenüber physischen, regulatorischen und weiteren klimabedingten Risiken wie Markt-, Haftungs- oder Reputationsrisiken sowie in Bezug auf die Implementierung adäquater Maßnahmen zur Abmilderung dieser Risiken für Investoren von zentraler Bedeutung. Doch auch in diesem Punkt erreichen lediglich 29 Prozent der Unternehmen gute oder sehr gute Bewertungen. Die große Mehrheit erfüllt somit die Erwartungen des Kapitalmarktes nicht oder nur unzureichend, obwohl es eigentlich im wohlverstandenen Eigeninteresse der Unternehmen läge, den Informationsbedürfnissen von Investoren hinsichtlich des Umgangs mit Klimarisiken proaktiv nachzukommen.

Die Zeichen der Zeit erkannt hat beispielsweise Scottish and Southern Energy PLC (SSE). Das Unternehmen strebt eine Halbierung der CO₂-Intensität der Energieerzeugung von 600 g CO₂/kWh in 2006 auf 300 g CO₂/kWh in 2020 an (Stand Anfang 2015: 470 g CO₂/kWh). SSE plant, dieses Ziel durch eine Verlagerung der Kapazitäten von Kohlekraftwerken hin zu einer stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien und Erdgas zu erreichen. Aus der Nicht-OECD-Welt sticht die (nicht-staatliche) chinesische CLP Holdings Ltd. hervor, die eine ambitionierte „Klimavision

2050“ formuliert hat. Ausgehend von einer CO₂-Intensität der Energieerzeugung von 840 g CO₂/kWh in 2007 peilt das Unternehmen bis 2020 eine 30-prozentige Reduktion (auf dann 600 g CO₂/kWh), bis 2045 eine 45-prozentige Reduktion (auf 450 g CO₂/kWh) und schließlich eine 75-prozentige Reduktion (auf 200 g CO₂/kWh) bis 2050, dem Referenzjahr des 2 °C-Klimaziels, an. Langfristige Ziele dieser Art sind bisher leider die Ausnahme. Es bleibt zu hoffen, dass Initiativen wie die „Science Based Targets Initiative“ von CDP, United Nations Global Compact, World Resources Institute und dem WWF Unternehmen zukünftig noch stärker ermutigen und befähigen, ambitionierte und langfristige Ziele zu formulieren und umzusetzen.

Die Kohleindustrie führt häufig „Clean Coal“ als eine Option zur Senkung der kohlebedingten Emissionen ins Feld. Damit sind zum einen effizientere und saubere Kraftwerkstypen, aber vor allem die Nutzung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (engl. Carbon Capture and Storage, CCS) gemeint. Diese Technologie entwickelt sich derzeit nur langsam und muss in ihrer gesamten Wirkungsweise durchaus kritisch gesehen werden (siehe oekom research Position Paper „Carbon Capture & Storage“, Juli 2010).

Die Probleme beginnen bereits bei der Förderung

Neben den immensen negativen Auswirkungen der Kohleverbrennung auf das Klima birgt auch schon die Kohleförderung erhebliche Nachhaltigkeitsherausforderungen: Dazu gehören massive Eingriffe in

die Landschaft durch den Tagebau mit teilweise irreversiblen Folgen für die Umwelt, die starke negative Beeinflussung des Wasserhaushaltes ganzer Regionen durch die Absenkung des Grundwasserspiegels

Kohleförderung als Eingriff in Ökosysteme

Besonders massiv sind die Eingriffe beim Mountaintop Removal Mining in den Appalachen (USA), wo ganze Bergkuppen abgetragen werden, um die Kohleflöze freizulegen. Diese Eingriffe in die Natur sind mit dem SDG 15 „protect, restore and promote sustainable use of terrestrial ecosystems, sustainably manage forests, combat desertification, and halt and reverse land degradation and halt biodiversity loss“ unvereinbar (3). Ein eindringliches Beispiel dafür, dass die Industrie nicht nur terrestrische Ökosysteme, sondern auch die Meere negativ beeinträchtigen und damit im Widerspruch zum SDG 14 „conserve and sustainably use the oceans, seas and marine resources for sustainable development“ stehen kann, ist der Ausbau von Kohlehäfen entlang der Westküste Australiens. Dieser stellt eine immense zusätzliche Gefährdung für das ohnehin bedrohte Great Barrier Reef dar.

und die Gefahren für das Grundwasser und Oberflächengewässer durch giftige Haldenabflüsse.

Neben den umweltrelevanten Zielsetzungen sprechen die SDGs auch mehrere soziale Aspekte an, die für die Kohleindustrie relevant sind. Nach Verabschiedung der SDGs hat die World Coal Association betont, dass Kohle eine wichtige Rolle bei der Armutsbekämpfung (SDG 1 „end poverty in all its forms everywhere“) sowie der Schaffung des Zugangs zu günstigen und verlässlichen Energiedienstleistungen (SDG 7 „ensure access to affordable, reliable, sustainable and modern energy for all“) zukomme. Dies ist insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern der Fall (4). Der Kohleverband hat jedoch nicht erwähnt, dass sich in Bezug auf mehrere andere SDGs ein weniger vorteilhaftes Bild ergibt: So gehört beispielsweise der untertägige Kohleabbau zu den gefährlichsten Arbeiten überhaupt. Coal India, das größte Kohleunternehmen der Welt, berichtet für die Jahre 2011 bis 2013 über 166 berufsbedingte Todesfälle. Vor allem bei Kohlefirmen aus Nicht-OECD-Ländern gibt es erheblichen Nachholbedarf zur Erreichung des SDG 8.8 „protect labour rights and promote safe and secure working environments for all workers, including migrant workers, in particular women migrants, and those in precarious employment“. Darüber hinaus stellen die hohen Schadstoffemissionen von Kohlekraftwerken eine

große Umweltbelastung dar und gefährden die Gesundheit von Anwohnern – eine der drängendsten Problematiken in China und anderen südostasiatischen Ländern. Demnach besteht auch in Bezug auf SDG 3.9 „by 2030, substantially reduce the number of deaths and illnesses from hazardous chemicals and air, water and soil pollution and contamination“ erheblicher Handlungsbedarf. Ein weiterer, ganz wesentlicher Aspekt ist die Abhängigkeit der Kohleindustrie von Wasser. Vor allem unterkritische Kraftwerke benötigen sehr viel Wasser für die Dampferzeugung und zu Kühlzwecken. Allerdings liegen laut World Resources Institute bereits heute mehr als 50 Prozent der chinesischen und mehr als 70 Prozent der indischen Kohlekraftwerke in Regionen, die durch Wasserknappheit gekennzeichnet sind (5). Würden beide Länder ihre Ausbaupläne unverändert umsetzen, würde das die Anspruchskonkurrenz mit anderen Industrien und natürlich der lokalen Bevölkerung erheblich intensivieren. Demnach stellt die Kohleindustrie auch für die Erreichung des SDG 6 „ensure availability and sustainable management of water and sanitation for all“ eine Herausforderung dar. Wasserknappheit ist auf der anderen Seite aber auch ein zusätzliches Risiko für Investoren, da davon auszugehen ist, dass eine zunehmend strengere Wasserregulierung die Umsetzung zahlreicher Kohlekraftwerksprojekte gefährdet.

Dekarbonisierung beschleunigen

Die Kohleindustrie, so kann man mit Fug und Recht schlussfolgern, stellt für die Erreichung der SDG ein erhebliches Risiko dar. Die Reduktion der Kohleförderung und des Anteils von Kohle an der Energieerzeugung sind daher dringend geboten. Erste hoffnungsfroh stimmende Tendenzen sind erkennbar: In einer aktuellen Studie stellt die Internationale Energieagentur (IEA) fest, dass 2014 die Nachfrage nach Kohle erstmalig seit den 1990er Jahren stagnierte. Nach einem durchschnittlichen jährlichen An-

stieg der Kohleförderung von 4,4 Prozent zwischen 2004 und 2014 erwartet die IEA für den Zeitraum 2016 bis 2020 Wachstumsraten von unter 1 Prozent (6). Längerfristig prognostiziert die Agentur, dass der Anteil erneuerbarer Energien den Kohleanteil bei der weltweiten Stromerzeugung zu Beginn der 2030er Jahre überholt haben wird. Der Kohleanteil soll bis 2040 von derzeit 41 Prozent auf 30 Prozent fallen (7). Ob diese Entwicklungen ausreichen, bleibt fraglich. All diese Zahlen basieren auf Wachstumsszenarien

und sind somit trotz eines relativen Bedeutungsverlustes der Kohle gleichbedeutend mit einem absoluten Anstieg – sowohl der Kohleförderung als auch kohlebedingter CO₂-Emissionen. Allerdings ist das Weltklimaabkommen von Paris in den Prognosen der IEA noch nicht berücksichtigt. Fest zu stehen scheint: Paris scheint den Anfang vom Ende der Kohle zu markieren und hat bereits auf Investorenseite einiges an Dynamik und Maßnahmen bewirkt, was allein die Divestment-Pläne zahlreicher Anleger und Investoren zeigen. Die Frage ist nun, ob die Staaten ihre nationalen Selbstverpflichtungen nachbessern, denn diese sind nach Meinung vieler unzureichend für die Erlangung des 2 °C- und erst recht des 1,5 °C-Ziels.

Quellen:

- (1) <http://climateactiontracker.org/about.html>
- (2) https://www.sierraclub.org/sites/www.sierraclub.org/files/uploads-wysiwig/Coal_Tracker_report_final_3-9-15.pdf
- (3) SDG 15: „protect, restore and promote sustainable use of terrestrial ecosystems, sustainably manage forests, combat desertification, and halt and reverse land degradation and halt biodiversity loss“
- (4) <https://www.worldcoal.org/sustainable-development-goals-lacked-ambition>
- (5) <http://www.wri.org/blog/2014/04/identifying-global-coal-industry%E2%80%99s-water-risks>
- (6) International Energy Agency, Key Coal Trends 2015
- (7) http://www.worldenergyoutlook.org/media/weowebsite/2015/WEO2015_Factsheets.pdf

2.2. Mit Carbon Divestment gegen den Klimawandel

Unter dem Motto „take urgent action to combat climate change and its impact“ ruft das SDG 13 die Staaten der Welt dazu auf, unverzüglich Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen und dessen Eindämmung zum Gegenstand ihrer nationalen Strategien und Planungen zu machen. Die UN Klimarahmenkonvention (UNFCCC) wird hierbei als das internationale Forum benannt, in dem entsprechende Maßnahmen diskutiert werden sollen. Das SDG 13 bekräftigt zudem, dass die beschlossenen Verpflichtungen bis 2030 umgesetzt werden müssen. Dieser relativ kurze Zeitrahmen erfordert nicht nur von der Politik, sondern auch seitens der Finanzindustrie und Wirtschaft kurz- bis mittelfristig wirkende Strategien und Lösungen, um entsprechend rasche Fortschritte und Ergebnisse zu erzielen. Anforderungen und Zielvorgaben bezüglich der Reduktion von Treibhausgasen kommen auch von anderen Institutionen und Gremien und verstärken den Handlungsdruck: Neben den SDGs setzte bereits der durch die PRI Initiative unterstützte „Montreal Carbon Pledge“ im September 2014, die Bekenntnisse der G7-Staaten

Dieter Niewierra
DIRECTOR COMMUNICATIONS



auf dem Gipfel im Juni 2015, das Energiewende-Gesetz in Frankreich im Herbst 2015 und die Beschlüsse des UN Weltklimagipfels in Paris im Dezember 2015 innerhalb von etwas mehr als 12 Monaten Impulse und Weichenstellungen für die Ausrichtung nachhaltig orientierter Investments. So hat der Weltklimagipfel in Paris eine Begrenzung der weltweiten Klimaerwärmung auf höchstens 2 – wenn nicht sogar 1,5 °C – beschlossen. Die Internationale Energie Agentur IEA schlägt darüber hinaus einen Maßnahmenkatalog vor, mit dem der Höchststand der energiebedingten Emissionen bereits 2020 erreicht werden soll. Zudem sollen auch die Nutzung CO₂-intensiver fossiler Brennstoffe (v. a. Kohle und Öl) in den nächsten fünf Jahren reduziert und der Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energien angekurbelt werden.

Nachhaltige Anlagen: mit Divestment der Carbon-Falle entkommen

Dekarbonisierung ist somit das Schlagwort der Stunde. Immer mehr Investoren wollen oder müssen, weil sie gesetzlich dazu verpflichtet werden, den Carbon-Anteil ihrer Investitionen berechnen, um diesen minimieren und den oben genannten Anforderungen entsprechen zu können. In diesem Zusammenhang hat Divestment als Anlagestrategie und Maßnahme zur Umsetzung der Dekarbonisierungspläne an Fahrt aufgenommen (1). Konkret geht es um den Verzicht

auf Investitionen mit hohem CO₂-Fussabdruck und entsprechenden Klimarisiken. Auch im oekom Corporate Rating der Finanzdienstleistungsbranche wird Carbon Divestment inzwischen im Rahmen der nachhaltigen Anlagestrategie abgefragt und bewertet (2).

Bereits im Juni 2015 hatte der norwegische Pensionsfonds den Ausstieg aus Investments in Unternehmen beschlossen, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes mit kohlebezogenen Aktivitäten erwirt-

schaften. Ende November und Anfang Dezember sind zeitgleich zum Gipfel in Paris zahlreiche öffentliche Einrichtungen und Kommunen, Unternehmen und Finanzmarktakteure ähnliche Verpflichtungen eingegangen. Organisationen wie die Klimaschutzinitiative 350.org zählten in dieser Zeit fast täglich weitere Unterstützer.

Auch der weltweit größte Versicherungskonzern Allianz gab im November 2015 bekannt, nicht mehr

in Unternehmen zu investieren, bei denen mehr als 30 Prozent des Umsatzes oder der Energieerzeugung aus Kohleaktivitäten stammen. Laut dem Unternehmen soll bis Ende März 2016 ein Aktienportfolio von 225 Millionen Euro abgebaut werden. Anleihen im Gesamtwert von 3,9 Milliarden Euro werden bis zur Endfälligkeit gehalten. Neue Investitionen oder Reinvestitionen werden nicht mehr getätigt.

Divestment als treuhänderische Pflicht und Schutz vor Ertragseinbußen

Die genannten Beispiele verdeutlichen einen Trend, der nicht nur durch Einzelfälle, sondern auch durch die kollektive Übereinkunft einer Vielzahl von Akteuren getragen wird. Im Vorfeld des Weltklimagipfels hatten 374 institutionelle Investoren mit einem verwalteten Volumen von knapp 22 Billionen Euro Assets under Management das Global Investor Statement on Climate Change unterzeichnet (3). Das Abkommen verpflichtet sie dazu, Klimawandelrisiken als Teil ihrer treuhänderischen Verantwortung gegenüber ihren Kunden zu verstehen. Dies beinhaltet die Mitarbeit an Investmentinitiativen mit dem Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und umfassender Berichterstattung zu Klimawandelrisiken seitens der Unternehmen. Ferner werden die Investoren dazu aufgerufen, Pläne zur Beendigung von Subventionen für fossile Brennstoffe zu entwerfen.

Auch die Initiative 350.org fordert Investoren aktiv zum Divestment auf. Bis Dezember 2015 war der Unterstützerkreis der von ihr ausgerufenen Fossil-

Fuel-Divestment-Bewegung bereits auf über 500 Institutionen mit insgesamt über 3 Billionen Euro an Assets angewachsen (4).

Der Zulauf an Unterstützern ist nicht nur durch die Einsicht in den Nutzen für eine nachhaltige Entwicklung begründet, sondern liegt auch am wachsenden Bewusstsein über die konkreten Gefahren, die ein Beharren auf Carbon-Investments mit sich bringen würde. Die Carbon Tracker Initiative hält laut einem Bericht von November 2015 bei fossilen Energieunternehmen in den nächsten zehn Jahren Verluste von mehr als 2 Billionen Euro durch „Stranded Assets“ für möglich, was auch für Investoren erhebliche Ertragseinbußen bedeutet. Am meisten gefährdet seien dabei die USA: Hier sind noch Investitionen in Höhe von umgerechnet ca. 375 Milliarden Euro in fossile Brennstoffprojekte geplant, die bei Realisierung des 2 °C-Ziels nicht benötigt werden und damit Gefahr laufen, zu „verlorenen Investitionen“ zu werden (5).

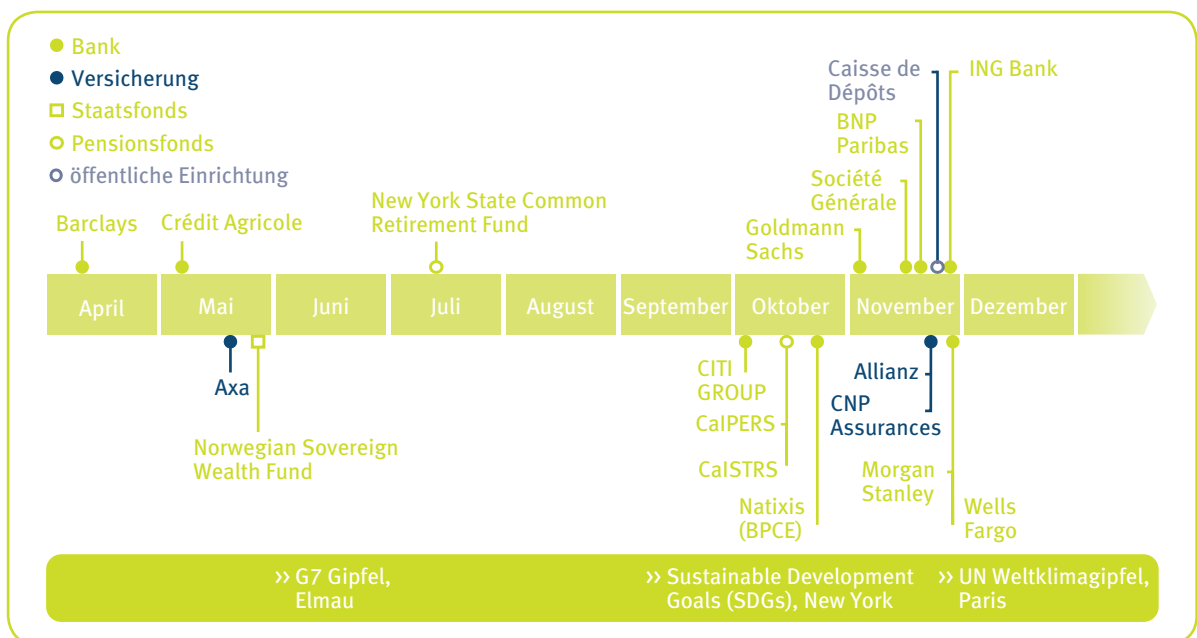


Abb. 10: Wichtige Divestment-Aktivitäten in 2015; Quelle oekom research (2016).

Gute Datengrundlage als Voraussetzung für strategische Entscheidungen

Für Investoren ist es daher wichtig, das Ausmaß der CO₂-Exposition ihrer Investments zu kennen und die entsprechenden Klimarisiken sowie den Umgang der Unternehmen damit zu verstehen. Klimawandelbezogene Daten werden somit zunehmend zum festen Bestandteil sowohl von Konzernstrategien als auch von Investitionsentscheidungen. Die Erfassung von und Berichterstattung zu Klimawandelrisiken bildet dabei nicht nur eine Entscheidungsgrundlage für Investoren. Unternehmen sind dadurch letztlich selbst in der Pflicht, sich ihrer Situation zu stellen und Maßnahmen zum Management ihrer Risiken zu ergreifen. Der im Dezember 2015 vorgestellte Klimaschutz-Index der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch sieht bereits einen Trend hin zu einem beginnenden Umbau der Energiesysteme in vielen Staaten (vgl. Kapitel 2.3.). Trotz eines Anstiegs der globalen energiebedingten CO₂-Emissionen im Jahr 2013 würden die vorläufigen Daten für 2014 auf abgeschwächte Zuwachsraten oder sogar einen Stillstand hindeuten. Gleichzeitig ist ein starker Zuwachs bei den Erneuerbaren Energien zu verzeichnen, die im Jahr 2014 auf 59 Prozent der zugebauten Kapazitäten in der Stromerzeugung kamen (6).

Divestment ist jedoch nicht die einzige Maßnahme, die Investoren nach den Klimabeschlüssen von Paris für eine Dekarbonisierung ihrer Kapitalanlage und zur Erreichung des SDG 13 ergreifen können. Alternative Investmentstrategien sind Engagement und Integration. Beide sind jedoch strukturell eher langfristig ausgerichtet und daher weniger geeignet, die CO₂-Intensität des Portfolios kurzfristig zu reduzieren.

Quellen:

- (1) <http://www.arabellaadvisors.com/wp-content/uploads/2015/09/Measuring-the-Growth-of-the-Divestment-Movement.pdf>
- (2) oekom Corporate Rating der Financials Branchen, B.2.2.1. Environmental and social guidelines for mainstream asset management services, structured investment products and/or brokerage services
- (3) <http://www.iigcc.org/files/publication-files/GISCC17Aug2015.pdf>
- (4) <http://gofossilfree.org/de/press-release/divestment-commitments-pass-the-3-4-trillion-mark-at-cop21/>
- (5) <http://www.carbontracker.org/report/2540/>
- (6) <http://germanwatch.org/de/download/13624.pdf>

oekom Fossil Fuel Screening bietet umfassenden Überblick zu kohlenstoffbezogenen Aktivitäten

Mit den im November 2015 vorgestellten oekom Carbon Services und dem darin enthaltenen Fossil Fuel Screening können Investoren selbst definierte Ausschlusskriterien im Bereich fossiler Brennstoffe fein skaliert operationalisieren. Es unterscheidet zwischen den Rohstoff-Typen Kohle, Öl und Erdgas und den entsprechenden Aktivitäten eines Unternehmens, ob es als Produzent, Weiterverarbeiter, Dienstleister oder in anderer Funktion tätig ist.

Alle Aktivitäten werden hinsichtlich ihres Anteils am Nettoumsatz des Unternehmens mit Schwellenwerten zwischen >0 % bis zu 100 % des Netto-Umsatzes und – in Bezug auf die Förderung – auch hinsichtlich des weltweiten Marktanteils des Unternehmens klassifiziert (Schwellenwerte: >0,5 % und >1 %). Bei Investoren scheint derzeit der Trend in Richtung 30 Prozent-Schwelle zu gehen – siehe die genannten Beispiele. Allerdings sind mit den fein abgestuften Schwellenwerten im Screening auch strengere oder weniger restriktive Bemessungsstufen möglich.

Die differenzierte Betrachtung von Umsatz- und Weltmarktanteil liefert zudem Erkenntnisse über die Diskrepanz zwischen einerseits geringem Umsatzanteil beispielsweise in Bezug auf Kohleförderung – wenn diese als internes Geschäft verrechnet wird – und einem dennoch teils hohen Anteil an der weltweiten Förderung. Als Beispiele sind hier Unternehmen wie RWE oder Glencore zu nennen. Bei beiden Unternehmen liegt der Umsatzanteil der Kohleförderung derzeit unter 5 % – gleichzeitig gehören sie zu den mit Abstand größten Kohleförderern der Welt mit einem Weltmarktanteil von jeweils über 1 %.

Die Analyse zeigt, dass neben Unternehmen in den naheliegenden Branchen wie Utilities, Metals & Mining und Oil, Gas & consumable Fuels auch Firmen in diversen anderen Branchen relevante Aktivitäten im Bereich fossiler Brennstoffe aufweisen und eine umfassende Bestandsaufnahme daher unerlässlich für das systematische Risikomanagement von Investoren ist.

2.3. Erneuerbare Energien: Impulsgeber für Zukunftstechnologien und Entwicklungszusammenarbeit

Um einen weiter voranschreitenden Klimawandel und die damit einhergehende Erderwärmung um mehr als zwei Grad Celsius aufhalten zu können, ist nicht weniger als eine Neustrukturierung des globalen Energiesystems notwendig. Hier stehen die erneuerbaren Energien im Rampenlicht. Neben ihrem massiven Ausbau muss aber auch die entsprechende Infrastruktur angepasst werden. Dies sollte vor allem durch Investitionen in die Anpassung der Stromnetze und Speichermöglichkeiten zum Ausgleich von Schwankungen der Wind- und Sonnenenergie geschehen. Dass diese Neustrukturierung grundsätzlich machbar ist, hat eine aktuelle Studie US-amerikanischer Wissenschaftler gezeigt: Insgesamt 139 Staaten könnten demnach bis 2050 ihre Energieversorgung zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien wie Wind, Solarenergie und Wasserkraft umstellen (1).

Das Thema erneuerbare Energien wird auch direkt in den SDG angesprochen. Es ist zentral für die Er-

Susanne Marttila
RESEARCH DIRECTOR



reichung des SDG 13 „take urgent action to combat climate change and its impacts“, also Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels und dessen negativen Auswirkungen. Der substantielle Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien im globalen Energiemix bis 2030 ist außerdem ein explizites Teilziel des SDG 7 „ensure access to affordable reliable, sustainable and modern energy for all“, das die Sicherstellung des Zugangs zu bezahlbarer, sicherer, nachhaltiger und moderner Energie für alle anspricht. Dabei soll der Technologietransfer in den Bereichen erneuerbarer Energien und entsprechender Infrastruktur durch internationale Kooperationen und besonders in Entwicklungsländern gefördert werden.

Verhaltener Aufwärtstrend mit viel Luft nach oben

Der Trend geht in die richtige Richtung: So hat sich seit dem Jahr 2000 die installierte Leistung erneuerbarer Energien weltweit mehr als verdoppelt. Nach Angaben der International Renewable Energy Agency (IRENA) stieg die Gesamtleistung in der Zeit von 2000 bis 2014 von 842.594 auf 1.828.722 MW (2). Der überwiegende Anteil entfällt dabei auf Wasserkraft, mit großem Abstand gefolgt von Wind-, Solar- und Biomasseenergie sowie sonstigen Quellen. Auch die jährlichen Wachstumsraten seit 1990 sind vielversprechend: Insgesamt lag die Rate für erneuerbare Energien bei knapp über 2 Prozent per annum, in Bezug auf Photovoltaik und Wind sogar bei 47 bzw. knapp 25 Prozent (3). Erneuerbare Energien können in puncto Wirtschaftlichkeit heute nicht nur mit konventionellen Quellen konkurrieren – die Stromerzeugungskosten sind teilweise sogar geringer (4).

Betrachtet man die globale Primärenergieversorgung, ist angesichts der Notwendigkeit eines kompletten Umbaus des Energiesystems der Anteil der Erneuerbaren mit derzeit 13 Prozent jedoch noch zu niedrig. Politische Entscheidungsträger haben die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien allerdings erkannt.

So zeigt die aktuelle Studie der IRENA, dass sich mit Stand 2015 164 Länder entsprechende Ziele ge-

setzt haben. Überraschenderweise wurden die meisten Ziele in Entwicklungs- und Schwellenländern festgelegt (insgesamt 131 Staaten). Einschränkend muss gesagt werden, dass die Mehrzahl der Ziele nicht rechtsverbindlich ist, was eine notwendige Voraussetzung für einen effektiveren Ausbau erneuerbarer Energien wäre.

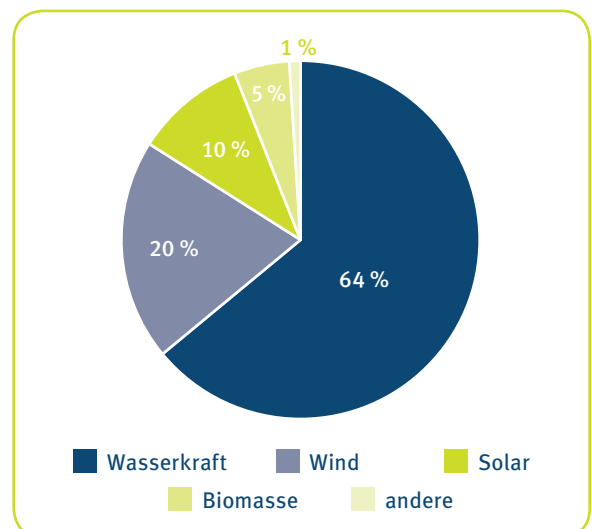


Abb. 11: Verteilung der weltweit installierten Leistung erneuerbarer Energien im Jahr 2014 (IRENA 2015: Renewable Energy Capacity Statistics 2015)

Energieversorger spielen die Hauptrolle

Um die internationalen Ziele zu erreichen, stehen nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen in der Pflicht. Insbesondere Energieversorger können hier einen wesentlichen Beitrag leisten. oekom research berücksichtigt dies in den Corporate Ratings der Utilities-Branche. Zum einen wird der Anteil erneuerbarer Energien am Energieerzeugungsmix positiv bewertet und mit einem besonders hohen Gewicht im Rating berücksichtigt. Zum anderen führt oekom research eine kombinierte Benchmark- und qualitative Trendbewertung für den Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung durch.

Der durchschnittliche Anteil erneuerbarer Energien im Erzeugungsmix lag bei den von oekom research analysierten 128 Unternehmen aus der Branche Utilities mit Stand 2015 bei 27 Prozent, also deutlich über dem aktuellen weltweiten Anteil im Stromerzeugungsmix von 16 Prozent (5). Unterscheidet man nach großen Wasserkraftwerken (>10 MW Kapazität) und sonstigen erneuerbaren Energien, lagen die Durchschnittswerte jeweils bei 20 und 7 Prozent. Die Anteile pro Unternehmen variieren dabei beträchtlich: 44 Prozent der Unternehmen haben einen Anteil von <10 %, 20 Prozent von >10 % bis <20 % und immerhin 36 Prozent von >20 %. Diese Unterschiede resultieren nicht allein aus der entsprechenden Strategiewahl der Unternehmen. Großen Einfluss haben auch nationale, rechtliche Rahmenbedingungen und Förderinstrumente sowie die geographischen Bedingungen der Länder, in denen Unternehmen tätig sind.

Für die Erreichung der SDGs in Bezug auf erneuerbare Energien ist aber nicht allein der Status quo, sondern vor allem der Blick in die Zukunft relevant. oekom research bewertet daher die Strategie der Energieversorger zum Ausbau erneuerbarer Energien mit einem besonderen Fokus auf quantitative Ziele sowie konkrete Investitionspläne. Insgesamt erreichen die Energieversorger hier lediglich die durchschnittliche Note C. 42 Prozent der Unternehmen haben keine nennenswerte Strategie zum Ausbau erneuerbarer Energien. Nur 13 Prozent der bewerteten Unternehmen – insgesamt 17 – erzielen eine bessere Bewertung als B, können also nicht nur eine konkrete Ausbaustrategie, sondern auch geplante Investitionen vorweisen.

Unter den Energieerzeugern mit der besten Nachhaltigkeitsstrategie ist der dänische Energieversorger Dong Energy besonders positiv hervorzuheben. Das Unternehmen hat sich das Ziel gesetzt, in Dänemark bis 2020 50 Prozent der bereitgestellten

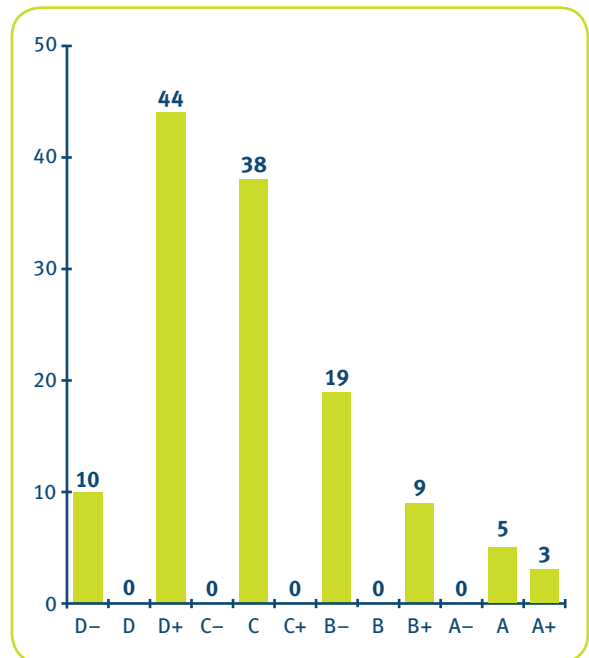


Abb. 12: Notenverteilung im oekom Corporate Rating der 128 Energieerzeuger aus der Branche „Utilities“ in Bezug auf den Subindikator „strategy and investments to promote renewable energies“; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

Wärme und des Stroms auf Basis erneuerbarer Energien zu erzeugen. Zum Vergleich: Derzeit liegt der Anteil erneuerbarer Energien am dänischen Energieverbrauch bei rund 24 Prozent (6). Insbesondere setzt Dong Energy dabei auf Offshore Windenergie und plant, die entsprechende Leistung von 2012 bis 2020 zu vervierfachen. Dafür sollen von 2014 bis 2020 60 Prozent der Gesamtinvestitionen des Energieversorgers in Windenergie fließen.

ESG-Risiken erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien führen insgesamt zu niedrigeren Treibhausgasemissionen in der Energieerzeugung als fossile Energieträger und sind nahezu unbegrenzt vorhanden. Dennoch gibt es auch hier ESG-Risiken, insbesondere in Bezug auf Wasserkraft und Biomasse. Die Kritik an Wasserkraftwerken richtet sich zum einen auf die negativen Auswirkungen auf Lebensräume der Tiere und Pflanzen. Große Staudämme werden zudem aus Menschenrechtssicht wegen notwendigen Umsiedlungen und der Zerstörung der Lebensgrundlage der in der Region ansässigen Bewohner kritisiert. In Bezug auf Biomasse liegen die Hauptrisiken im Anbau sowie in der tatsächlichen CO₂-Bilanz der Energieerzeugung, die von der verwendeten Biomasse abhängt.

Entwicklungszusammenarbeit durch Technologietransfer

Trotz einzelner Positivbeispiele: Insgesamt kann man in der Branche noch nicht von einem wirklichen Strategiewechsel zugunsten erneuerbarer Energien sprechen. Internationale Energieversorger können aber auch einen signifikanten Beitrag zum Technologietransfer und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien in Schwellen- und Entwicklungsländern leisten. Entsprechende Aktivitäten der Versorger werden daher ebenfalls positiv im Rating berücksichtigt.

Besonders überzeugende Initiativen hat der internationale Energieversorger Enel aus Italien umgesetzt, der die Förderung des Zugangs zu einer sicheren Energieversorgung ausdrücklich in seine Nachhaltigkeitsziele integriert hat. Das Unternehmen richtet hier sein Hauptaugenmerk auf entlegene Gegenden und benachteiligte Gemeinden und berichtet über zahlreiche Programme in verschiedenen

lateinamerikanischen Ländern. Unter anderem hat Enel ein flexibles Stromversorgungssystem auf Basis von Photovoltaik entwickelt, das sich besonders für abseits gelegene Gegenden eignet. Damit trägt das Unternehmen nicht nur zur Erfüllung des SDG 7 bei, sondern erschließt sich auch weitere innovative Geschäftsbereiche. Bisher kann aber nur ein kleiner Anteil der bewerteten Unternehmen überzeugende Projekte und Investitionen in diesem Bereich vorweisen.

Trotz mancher Risiken sind der Ausbau erneuerbarer Energien und die Abkehr von konventionellen Energiequellen alternativlos. Fossile Brennstoffe und auch das für Atomenergie benötigte Uran sind endliche Ressourcen, die langfristig ersetzt werden müssen. Sie bergen darüber hinaus weitaus höhere ESG-Risiken sowie die Gefahr, dass Investitionen in Kohle oder Atom zu Stranded Assets werden.

Die Hausaufgaben sind bekannt

Dass der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien unabdingbar und auch wirtschaftlich sinnvoll ist, haben die internationale Gemeinschaft und zumindest einige Energieversorger erkannt, was sich an der Verabschiedung entsprechender Ziele und Strategien zeigt. Infolgedessen ist ein weiterer, signifikanter Ausbau in den nächsten Jahren zu erwarten. Wie hoch dieser Ausbau tatsächlich sein wird, hängt neben wirtschaftlichen Faktoren auch davon ab, wie viele Staaten und Unternehmen sich in Zukunft auf verbindliche Wachstumsziele festlegen werden. Gerade in Bezug auf die Energieversorger gibt es hier immer noch großen Nachholbedarf. Zu wenige Unternehmen haben eine konsequente Aus-

baustrategie implementiert, die signifikante Investitionen in erneuerbare Energien vorsieht und eine wirkliche Abkehr von konventionellen Energiequellen bedeutet.

Quellen:

- (1) <http://thesolutionsproject.org/resources/>
- (2) International Renewable Energy Agency (IRENA) 2015: Renewable Energy Capacity Statistics 2015
- (3) International Energy Agency 2015: Key Renewables Trends. Excerpt from Renewables information
- (4) International Renewable Energy Agency (IRENA) 2015: Renewable Power Generation Costs
- (5), (6) http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Renewable_energy_statistics

2.4. Wasser: Lebensquelle, Industriegut und Konfliktstoff

Globale Bedeutung von Wasser

Wasser ist ein Menschenrecht – Ende Juli 2010 hat die UN-Vollversammlung das Recht auf sauberes Wasser und eine hygienische Sanitärversorgung anerkannt. Diese Bedeutung von Wasser spiegelt sich auch in den Sustainable Development Goals wider. Das SDG 6 „ensure access to water and sanitation for all“ widmet sich mit acht Unterzielen dem Thema Wasser und Sanitärversorgung. Darin werden wichtige Meilensteine formuliert, z. B. das Ziel, bis 2030 die Versorgung aller Menschen mit sicherem und erschwinglichem Trinkwasser sicherzustellen. Das in den vorausgegangenen Millennium Development Goals (MDGs) formulierte Ziel, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen bis 2015 zu halbieren, wurde zwar schon 2012 erreicht. Hier spielten aber die tatsächliche Qualität und Bezahlbarkeit des Wassers noch keine Rolle. Zudem definieren die SDGs noch weitergehende Ziele, zum Teil auch mit direktem Bezug zu Unternehmen. Unter anderem wird das Ziel formuliert, bis 2030 die Effizienz bei der Wassernutzung in allen Sektoren signifikant zu erhöhen.

Wasser ist als Querschnittsthema ein maßgeblicher Einflussfaktor für die Erreichung vieler weiterer SDGs. Die Bedeutung von Wasser in der Landwirtschaft, aber auch im Energie-, Elektronik- oder Che-

Silke Jolowicz
ANALYST



miesektor ist immens. Zudem wird erwartet, dass Wasser eine immer größere Rolle bei Konflikten innerhalb und zwischen Staaten spielen wird. So sind Ziele wie eine sichere Nahrungsmittelversorgung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Gesundheit oder Frieden in vielen Teilen der Welt untrennbar mit Wasser verbunden.

Die Einhaltung des Menschenrechts auf Wasser sowie die Umsetzung des SDG ist jedoch mit Herausforderungen verbunden. Laut Schätzungen der WHO wird bis 2025 die Hälfte der Weltbevölkerung in Regionen mit Wassermangel leben. Das nutzbare Süßwasser macht laut dem evangelischen Entwicklungsdienst „Brot für die Welt“ weniger als 0,025 Prozent des weltweiten Wassers aus. Die Süßwasservorkommen sind zudem geografisch ungleichmäßig verteilt. So verlassen sich Länder wie der Libanon oder Saudi-Arabien in Ermangelung anderer Frischwasserquellen fast vollständig auf ihre Grundwasservorkommen, die stetig sinken. Laut einer Studie der Universität von Kalifornien und der NASA (1) wird bereits bei einem Drittel der weltweit größten Grundwasservorkommen mehr Wasser entnommen als nachfließt.

Wasserbezogene ESG-Risiken über verschiedene Branchen hinweg

Der Stellenwert von Wasser für eine nachhaltige Entwicklung ist für Unternehmen und Investoren besonders aus Risikosicht von zentraler Bedeutung: Das World Economic Forum hat Wasser als eines der „top global risks“ benannt. ESG-Risiken im Unter-

nehmenskontext, die als solche von oekom research untersucht und bewertet werden, entstehen vor allem auf diesen beiden Ebenen: durch die direkten Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und in der Lieferkette.

Die Unternehmen als durstigstes Glied in der Nutzungskette

Unternehmen haben durch die eigene Geschäftstätigkeit einen unmittelbaren Einfluss auf den Wasserhaushalt, sind aber auch direkt von ihm abhängig. Die Produktion ist in vielen Branchen auf ausreichendes Wasser in geeigneter Qualität angewiesen, z. B. bei der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln oder der Herstellung von Halbleitern.

Jedoch ergeben sich durch die Wassernutzung häufig Risiken für Mensch und Umwelt, die auch aus regulatorischer Sicht problematisch sind. Die Produktion in Gegenden, die ohnehin bereits unter

Wasserknappheit leiden, ist in besonderem Maße konfliktbehaftet. Dies musste beispielsweise Nestlé erfahren, als seine Produktionsstätten in Kalifornien während der Dürre 2015 stark in die Kritik gerieten. Ein anderer Fall ist Coca-Cola, das eine Fabrik in Indien 2014 auf Anweisung von Behörden zeitweise schließen musste, weil es Konflikte über die erlaubte Grundwasserentnahme gab. Solche Kontroversen bieten gleichzeitig Raum für Innovationen. So hat Nestlé reagiert und in Kalifornien eine Milchfabrik eröffnet, die durch Wasserrecyclingprozesse bei

der Milchverarbeitung keinerlei Wasserzufuhr mehr von außen benötigt.

Neben einer Übernutzung von Wasserquellen birgt auch die potenzielle Verschmutzung von Gewässern hohe Risiken, besonders in Branchen wie Öl & Gas, Bergbau und Chemie. Dies zeigt sich am Beispiel des Minenbetreibers Samarco und seiner Mutterkonzerne Vale und BHP Billiton. Die Verschmutzung des Rio Doce mit giftigem Schlamm im November 2015 gilt als eine der größten Umweltkatastrophen in der Geschichte Brasiliens. Die verantwortlichen Unternehmen wurden von brasilianischen Behörden auf umgerechnet fast 5 Milliarden Euro verklagt. Eine Auswertung der von oekom research erfassten aktuellen Kontroversen mit explizitem Bezug zu Süßwasser zeigt, dass sowohl im Umwelt- als auch im Menschenrechtsbereich die Metall- und Bergbaubranche die größte Anzahl an Verstößen aufweist (siehe Tabelle 2). Mit insgesamt drei wasserbezogenen Verstößen ist Duke Energy, ein Versorgungsunternehmen, am kontroversesten in Bezug auf Wasser. Die Übersicht beinhaltet aber noch nicht die zahlreichen Kontroversen, für die momentan noch nicht ausreichende Details vorliegen, um diese im Sinne des Nachhaltigkeitsratings als Verstoß zu klassifizieren. Weiterhin ausgenommen sind auch Umwelteinwirkungen, die indirekt einen Einfluss auf den Wasser-

haushalt haben, beispielsweise Abholzungen von Regenwäldern für Palmölplantagen.

Branche	Verstöße im Umweltbereich mit Wasserbezug	Verstöße im Menschenrechtsbereich mit Wasserbezug
Metals & Mining	11	5
Oil, Gas & Consumable Fuels	7	1
Utilities	3	—
Financials	2	—
Food & Beverages	—	1

Tab. 2: Von oekom research erfasste aktuelle Kontroversen mit explizitem Bezug zu Süßwasser; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

Eine Auswertung der oekom Corporate Ratings zu den 44 Unternehmen in der Metall- und Bergbaubranche zeigt ferner, dass die Ansätze zur Verringerung von Schadstoffen in Abwässern – mit wenigen Ausnahmen – noch sehr rudimentär sind. Nur ein Fünftel der Unternehmen hat hier zumindest grundlegende Maßnahmen implementiert (Note C oder besser in relevanten Indikatoren, Stand Dezember 2015), um den Einsatz giftiger Stoffe zu reduzieren und sie aus Abwässern zu entfernen.

Wasser als entscheidender Faktor in der Wertschöpfungskette

Neben diesem unmittelbaren Einflussbereich der Unternehmen liegen auch nicht zu unterschätzende wasserbezogene Risiken in den globalen Lieferketten. Die Landwirtschaft, und mit ihr der Anbau von Nahrungsmitteln, Futterpflanzen, Baumwolle und Energiepflanzen, ist mit einem Anteil von 70 Prozent am globalen Verbrauch der mit Abstand größte

Nutzer des verfügbaren Süßwassers. Daneben ist die weltweit zunehmende Fleischproduktion extrem wasserintensiv. So werden laut Water Footprint Network (2) für die Herstellung eines Kilos Rindfleisch etwa 15.000 Liter Wasser benötigt (über die gesamte Wertschöpfungskette). Auch der zunehmende Anbau von Pflanzen zur Bioenergie-Gewinnung hat einen

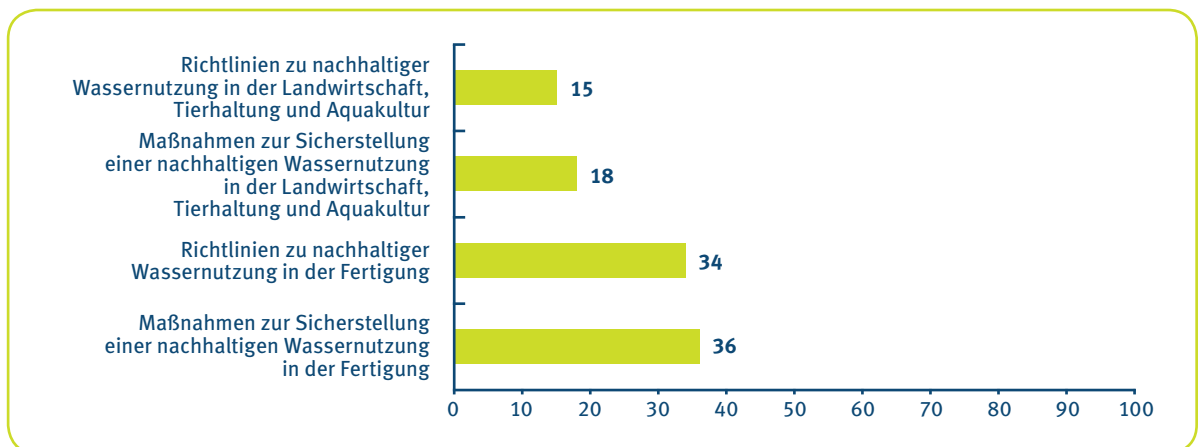


Abb. 13: Anteil von Unternehmen in der Nahrungsmittelbranche mit wasserbezogenen Richtlinien und Maßnahmen; in %; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

Einfluss auf die Wasserqualität (3). Die Landwirtschaft ist nicht nur größter Verbraucher von Süßwasser, sie verursacht gleichzeitig eine hohe Wasserbelastung durch die Ausbringung von Gülle und den Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden.

Es ist oft nicht trivial, Antworten auf Risiken zu finden, die häufig nicht im direkten Einflussbereich des Unternehmens liegen. Eine Auswertung der Ratings zu den 71 Unternehmen in der Lebensmittelbranche zeigt, dass die meisten Unternehmen hier Nachholbedarf haben (siehe Abbildung 13). Gut ein Drittel der Firmen berichtet zumindest über grundle-

Die Zukunft: vom Verbrauch zur Kreislaufnutzung

Die Bedeutung der Ressource Wasser wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen, gerade auch für Unternehmen und Investoren. Dies zeigt sich beispielsweise in den gestiegenen Reporting-Anforderungen. Entsprechend wichtig wird es für nachhaltig agierende Investoren, wesentliche Entwicklungen im Wasserbereich zu kennen und einschätzen zu können.

Ein Trend bei der Wassernutzung ist die neutrale oder sogar positive Wasserbilanz – es sollte also mindestens so viel Wasser in den Kreislauf zurückgegeben werden, wie vom Unternehmen in der Herstellung der Produkte genutzt wird. Erste Initiativen gehen hier von Getränkeherstellern wie Pepsi oder Coca-Cola aus, aber auch einige indische Zementhersteller bezeichnen sich als „water positive“. Solche Ansätze können durchaus positive Effekte für Mensch und Umwelt haben, gerade dann, wenn hierdurch der Zugang zu verbesserten Wasserquellen erreicht wird. Bei der Bewertung solcher Ansätze aus Nachhaltigkeitssicht sollte aber das Ziel nicht aus den Augen verloren werden, die Wassereffizienz zu erhöhen und damit die tatsächlich genutzte Wassermenge zu reduzieren. Eine rückwirkende Eins-zu-eins-Kompensation für entnommenes Wasser ist äußerst komplex und schwer zu realisieren. Beispielsweise kann die Entnahme von Wasser aus einem Grundwasserspeicher nicht einfach durch die Zuführung von Wasser in einen See kompensiert werden, da vielschichtige soziale und biologische Wirkungszusammenhänge mitbedacht werden müssen.

Ein weiterer Fokus wird zukünftig auf Wasserrisiken in der Lieferkette liegen. Dies ist gerade beim Wasserverbrauch im ureigenen Interesse der Unternehmen, um den Zugang zu Rohstoffen sicherzustellen. Zudem werden Konsumenten sensibler, was beispielsweise „virtuelles“ oder „importiertes“ Wasser in Produkten – also den Wasserfußabdruck über die

gende Richtlinien und Maßnahmen für den industriellen Produktionsprozess, der oft zum Kerngeschäft zählt (Note C oder besser in relevanten Indikatoren, Stand Dezember 2015). In Bezug auf die Produktion in der Landwirtschaft und auf die Tierhaltung, die oft komplett oder zumindest teilweise in den Lieferketten der Unternehmen stattfinden, berichten jedoch weniger als 20 Prozent der Unternehmen über geeignete Ziele und Maßnahmen. Dies, obwohl hier in der Regel der sehr viel größere Teil des Wasserfußabdrucks der Lebensmittelindustrie liegt.

gesamte Lieferkette hinweg – angeht. Eine entscheidende Rolle wird vor diesem Hintergrund auch die Entwicklung des weltweiten Fleischkonsums spielen, der sich laut Daten der Food and Agricultural Organisation (4) in den vergangenen 50 Jahren vervierfacht hat. Unternehmen werden darüber hinaus stärker für Wasserverschmutzungen in der Lieferkette verantwortlich gemacht. Ein Beispiel hierfür ist die Detox-Kampagne von Greenpeace, die dazu geführt hat, dass sich viele große Textilunternehmen dazu verpflichtet haben, auf die Nutzung bestimmter Chemikalien in der Textilherstellung bis 2020 zu verzichten.

Schlussendlich kann Wasser auch nie unabhängig von der Entwicklung im Klimabereich betrachtet werden, da Klimaauswirkungen wie Dürren, Regenfälle und Überschwemmungen den globalen Wasserhaushalt beeinflussen. Die Erfüllung der 2015 in Paris beschlossenen Vereinbarungen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen wird daher für die globale Versorgung und den Zugang zu Süßwasser eine wichtige Bedeutung haben. Es wird entscheidend sein, die Themen nicht gegeneinander, sondern miteinander anzugehen. Beispielsweise dürfen Entscheidungen zugunsten regenerativer Energieträger nicht ohne die Einbeziehung relevanter Wasser Aspekte getroffen werden. Diese Zusammenhänge bei Investitionsentscheidungen miteinzubeziehen, wird auch für nachhaltige Finanzakteure immer wichtiger werden.

Quellen:

- (1) <http://www.jpl.nasa.gov/news/news.php?feature=4626>
- (2) <http://waterfootprint.org/en/resources/interactive-tools/product-gallery/>
- (3) http://waterfootprint.org/media/downloads/Gerbens-Leenes-et-al-2012_1.pdf
- (4) <http://www.globalagriculture.org/report-topics/meat-and-animal-feed.html>

2.5. Palmöl in Lebensmitteln: wenn Nachteile die Vorteile überwiegen

Von Lebensmitteln wie Margarine, Schokolade oder Fertiggerichte über Kosmetika bis hin zu Biokraftstoffen – in diversen Bereichen wird heutzutage Palmöl als preisgünstiges, gut zu verarbeitendes Pflanzenöl verwendet. Dementsprechend hat sich seit 1990 die Anbaufläche für Ölpalmen weltweit verdoppelt, in Indonesien sogar verzehnfacht. Bei der Betrachtung der mit dem Palmölanbau verbundenen Chancen und Risiken ergeben sich mehrere Bezugspunkte zu den SDGs. So kann die Palmölindustrie zwar potenziell auch einen positiven Beitrag zu einigen Zielen leisten, etwa dem SDG 1 „end poverty in all its forms everywhere“, dem SDG 8 „promote inclusive and sustainable economic growth, employ-

Malte Kolb
SENIOR ANALYST



ment and decent work for all“ und dem SDG 10 „reduce inequality within and among countries“. Sehr viel relevanter sind jedoch die negativen Auswirkungen, die Zielen wie dem SDG 13 „take urgent action to combat climate change and its impacts“ und dem SDG 15 „sustainably manage forests, combat desertification, halt and reverse land degradation, halt biodiversity loss“ entgegen stehen.

Gefahren für Biodiversität und schlechte CO₂-Bilanz bedeuten hohes ESG-Risiko

Aus Umweltsicht ist der Anbau von Palmöl aus mehreren Gründen problematisch. Da Ölpalmen ein typisches Regenwaldklima benötigen, finden sich geeignete Flächen für neue Plantagen vor allem in Urwaldgebieten mit wertvollen Primärwäldern. Diese werden gerodet, um Platz für die Anpflanzung von Ölpalmen zu schaffen. Im Sommer und Herbst 2015 kam es in Indonesien zu großflächigen Bränden, die unter anderem durch Brandrodungen für neue Palmölplantagen ausgelöst wurden. Neben der Zerstörung ganzer Landstriche starben durch die Feuer laut Medienberichten 19 Personen, rund 500.000 Menschen erlitten Atemwegserkrankungen. Die indonesische Regierung schätzt den wirtschaftlichen Schaden für die Region auf bis zu 47 Milliarden US-Dollar.

Darüber hinaus sind die betroffenen Regenwälder die Heimat zahlreicher bedrohter Pflanzen- und Tierarten, die durch die Rodung und Umwandlung in Plantagen ihren Lebensraum verlieren. Hinzu kommt, dass sich in den von Palmölanbau betroffenen Regi-

onen häufig Torfmoorwälder befinden, in denen besonders viel CO₂ gespeichert ist. Sie enthalten nach Angaben des WWF bis zu 50-mal mehr Kohlenstoff als eine gleichgroße Fläche konventionellen Regenwaldes. Auch die weit verbreitete Brandrodung setzt CO₂ frei. Die betroffenen Wälder können somit nicht mehr als C₂-Speicher fungieren.

Regelmäßig werden im Zusammenhang mit Palmöl Fälle massiver Umweltzerstörung aufgedeckt. So dokumentierte beispielsweise ein NGO-Bericht von September 2014 (1) mithilfe von Satellitenbildern, dass das malaysische Unternehmen Genting Plantations in der Region West-Kalimantan in Indonesien Gebiete gerodet hat, in denen auch bedrohte Orang-Utans lebten. In einem ähnlichen Fall wurde 2015 dem indonesischen Agrarunternehmen Astra Agro Lestari nachgewiesen, dass es in Süd-Kalimantan für die Zerstörung von über 26.000 Hektar Torfmoore (dies entspricht einer Fläche von über 36.000 Fußballfeldern) verantwortlich war (2).

Zwangs- und Kinderarbeit auf den Plantagen

Neben derartig gravierenden Umweltauswirkungen kommt es in der Palmölindustrie auch zu Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen. Teilweise werden Arbeiter mit falschen Versprechungen auf die Plantagen gelockt und dort als Zwangsarbeiter beschäftigt. Zudem wird immer wieder von Kinderarbeit berichtet. Des Weiteren kommt es häufig zu Konflikten mit den in den Urwäldern lebenden Menschen, deren Lebensgrundlage durch die Palmölindustrie direkt bedroht wird. Nicht selten enden diese Konflikte mit

der Vertreibung der Menschen, teilweise ohne dass diese ausreichend entschädigt werden.

Beispielsweise besitzt das Unternehmen Golden Agri Resources durch ein strategisches Investment in Liberia 220.000 Hektar Land, das für den Anbau von Palmöl verwendet werden soll (3). Schon seit längerem kommt es hier zu größeren Landnutzungskonflikten mit der lokalen Bevölkerung. Nachdem im April 2015 bekannt wurde, dass das Unternehmen in zahlreichen Fällen unter anderem die lokale Be-

völkerung nicht in Planungsaktivitäten mit einbezogen, diese eingeschüchtert und nur unzureichende Kompensationen gezahlt hatte, wurde im Nachhal-

tigkeitsrating von oekom research bei Golden Agri Resources das Ausschlusskriterium Human Rights Violations aktiviert.

Unternehmen stehen in der Verantwortung

oekom research bewertet innerhalb des Corporate Ratings das Bestreben von Unternehmen, die mit Palmöl verbundenen Risiken zu minimieren. Dies umfasst Verpflichtungen zur ausschließlichen Verwendung von zertifiziertem, CO₂-neutralem Palmöl. Darüber hinaus wird bewertet, wie streng die Anforderungen der vom Unternehmen verwendeten Zertifizierungen sind. Kommt es zu größeren Kontroversen beim Anbau oder in der Lieferkette von Palmöl, führt dies zu entsprechenden Abwertungen und gegebenenfalls auch zur Aktivierung von Ausschlusskriterien.

Die unten aufgelisteten Fälle stehen exemplarisch für die systematische Umweltzerstörung in der Palmölindustrie. So sind von den zwölf von oekom research bewerteten Unternehmen, deren Hauptgeschäft der Anbau und Handel mit Palmöl ist, zur Zeit die Hälfte in derart schwere Kontroversen in den Bereichen Umwelt oder Menschenrechte verwickelt, dass die entsprechenden Ausschlusskriterien aktiviert sind. Zählt man dazu auch kleinere Kontroversen, die (noch) nicht zum Ausschluss führen, sind sogar zwei Drittel der Unternehmen betroffen.

Es sind hingegen nicht mehr nur die Produzenten von Palmöl, die mit entsprechenden Kontroversen in Verbindung gebracht werden: So standen diverse Banken, wie etwa HSBC und Rabobank, bereits seit längerem für einen gemeinsam an das indonesische Palmölunternehmen Triputra Agro Persada vergebenen Kredit in Höhe von 470 Millionen US-Dollar in der Kritik (4). Dieser war für den Ausbau von Palmölplantagen bestimmt, die teilweise Gebiete

mit seltener Flora und Fauna bedrohten. Ein im Mai 2015 veröffentlichter NGO-Bericht deckte auf, dass Triputra Agro Persada in den letzten Jahren für die Rodung von 37.000 Hektar in Indonesien verantwortlich war. Hiervon waren über 28.000 Hektar Lebensraum für bedrohte Orang-Utans. Auch soll das Unternehmen rund 16.000 Hektar Torfmoore zerstört haben. Da Triputra Agro Persada sowohl vor als auch nach der Vergabe des Kredites für Umweltzerstörungen verantwortlich war, ohne dass die Banken hierauf angemessen reagiert hätten, wurde bei den kreditvergebenden Unternehmen das Ausschlusskriterium Umwelt im Bereich Financier aktiviert.

Weiterverarbeitende Unternehmen, beispielsweise aus den Sektoren Lebensmittel oder Haushaltsprodukte und Kosmetik, beziehen Palmöl in der Regel von großen Palmölproduzenten und/oder -händlern. Aufgrund der intransparenten, vielschichtigen Lieferketten fehlt häufig der direkte Nachweis, ob oder dass diese Unternehmen Palmöl verwendet haben, welches von Plantagen mit größeren Kontroversen stammt. Trotzdem stellt die Nutzung von Palmöl für diese Unternehmen ein großes Risiko aus Nachhaltigkeits- und Reputationssicht dar. Unabhängig davon, ob eine konkrete Kontroverse direkt mit einem Unternehmen wie Unilever oder Nestlé in Verbindung gebracht werden kann, werden diese immer wieder Ziel von NGO-Kampagnen. Diese kritisieren die Unternehmen generell für die Verwendung von Palmöl. Hierfür reicht häufig schon die Information, dass ein Unternehmen Kunde eines kontroversen Zulieferers ist.

	Kontroverse Umweltpraktiken		Menschenrechte	
	Verstoß	kleine Kontroverse / unter Beobachtung	Verstoß	kleine Kontroverse / unter Beobachtung
Anzahl Unternehmen	5	4	2	3
Anzahl Zulieferer	1	3	—	—

Tab. 3: Verstöße in den Bereichen Umwelt und Menschenrechte; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

Palmöl ist und bleibt ein stark risikobehafteter Rohstoff

Unter ESG-Gesichtspunkten bietet Palmöl zahlreiche Risiken und Problemfelder, derer sich Investoren bewusst sein sollten. Andererseits liegen in der Vermeidung der mit Palmöl verbundenen Risiken und der

Förderung strengerer Standards große Chancen. So kündigte der Roundtable on Sustainable Palm Oil im Mai 2015 eine neue Variante seines bisherigen Standards an (RSPO+), die nun auch den Schutz von

Torfmooren oder Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand abdeckt. Die konkrete Ausgestaltung der neuen Version ist noch nicht bekannt. Es besteht jedoch die Hoffnung, dass diese die Schwächen des alten Standards zumindest teilweise beheben kann. Einen ähnlichen Weg gehen bereits seit einigen Jahren die Mitglieder der Palm Oil Innovation Group. Diese haben sich zu Kriterien verpflichtet, die in vielen Bereichen deutlich über den RSPO hinausgehen, insbesondere was den Schutz von Menschenrechten sowie die Erhaltung von Torfmooren und Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand angeht. Von den von oekom research analysierten Unternehmen ist bisher lediglich Danone Mitglied der Gruppe.

Daneben zeichnet sich ab, dass die Rückverfolgbarkeit von Palmöl in Zukunft mehr als bisher ein Thema sein wird. Zurzeit ist dies in der Regel nicht gegeben, was auch daran liegt, dass der Großteil der Unternehmen sich in der Vergangenheit auf den Kauf von RSPO-Zertifikaten beschränkt hatte. Dieses System ähnelt dem des Stroms aus erneuerbaren Energien. So garantiert der RSPO, dass für die gekaufte Menge an irgendeinem Ort der Welt in gleicher Höhe zertifiziertes Palmöl angebaut wird. Das vom Unternehmen genutzte Palmöl kann damit auch nicht-zertifiziert sein, und eine Rückverfolgbarkeit zur Plan-

tage besteht nicht. Erst langsam bewegen sich einige Unternehmen hin zu den RSPO-Zertifizierungsoptionen, die eine höhere Nachverfolgbarkeit ermöglichen. So hat sich etwa das deutsche Unternehmen Henkel dazu verpflichtet, von der schwächsten Zertifizierungsform (dem sog. „Book&Claim“) auf das anspruchsvollere „Segregated“-System umzustellen, bei dem das Palmöl zurückverfolgt werden kann. Allerdings soll diese Umstellung erst 2020 abgeschlossen sein. Zusätzlich hat Henkel, genauso wie etwa Unilever oder Danone, eigene Leitlinien veröffentlicht. In diesen verpflichten sie sich öffentlich dazu, kein Palmöl mehr von Plantagen zu beziehen, deren Ausweitung Torfmoore und Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand gefährden könnte. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Leitlinien tatsächlich umsetzen lassen.

Quellen:

- (1) http://www.greenomics.org/docs/Wilmar%27s-suppliers_deforestation_%28LowRes%29.pdf?O_NewsItemLinks1Dir=Asc&s_O_NewsItems_Id=2399316
- (2) <http://www.aidenvironment.org/media/uploads/documents/triputra-agro-persada-crr-report.pdf>
- (3) http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/news/2015/04/Golden%20Veroleum%20FINAL_2.pdf
- (4) <http://chainreactionresearch.com/2015/05/21/triputra>

2.6. Endokrine Disruptoren: hormonell wirksame Chemikalien als neue Herausforderung der Gesundheitsvorsorge

Über das dritte SDG-Ziel „ensure healthy lives and promote well-being for all at all ages“ sollen für Menschen aller Altersstufen gesunde Lebensverhältnisse garantiert werden. Dabei sind die hier relevanten negativen Einflussfaktoren vielfältig und betreffen durchaus auch Erkrankungen und Todesursachen, die auf industrielle Errungenschaften zurückgehen. Darunter fallen u. a. gesundheitsgefährdende Chemikalien und die Verschmutzung der Umwelt. Daher

EDCs: Fortschritt und Gefährdung

Angesichts der weltweiten Zunahme hormonell bedingter Erkrankungen stuft die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das UN Environment Programme sogenannte endocrine disrupting chemicals (EDCs) unmissverständlich als globale Bedrohung ein, die es abzuwenden gilt (1). EDCs sind größtenteils synthetische chemische Stoffe oder Stoffgemische, welche auf vielfältige Weise in die natürliche Hormonfunktion des Körpers eingreifen können. Sie

Daniela Knodt
ANALYST



lohnt sich ein Blick auf Chemikalien, welche das Potenzial haben, im UN-Sinne zu einem „emerging health issue“ zu werden und auch für nachhaltige Investments Risiken darzustellen.

repräsentieren eine große und heterogene Klasse von Substanzen, die sich in vielen Produkten des täglichen Gebrauchs wiederfinden (s. Tabelle 4).

Bereits in sehr geringen Konzentrationen können EDCs physiologische Prozesse wie Reproduktion, Wachstum und Entwicklung erheblich beeinträchtigen. Obwohl das wachsende Verständnis der biochemischen Wirkmechanismen dieser Stoffe die dringende Notwendigkeit einer effektiven Regulierung

Produkte, u.a.:	Substanz (-klasse)	Assoziierte Krankheiten und Störungen, u. a.	Primärer Aufnahmeweg
Thermopapier, Lebensmittelbehälter, Spielzeug, Elektronikgeräte	Bisphenol A	Übergewicht, Herzerkrankungen, verschiedene Krebsarten, Diabetes	Hautkontakt und Nahrung
Spielzeug, Kleidung, Elektronikgeräte, Kosmetika	Phthalate	Fehlentwicklungen der Reproduktionsorgane, Brustkrebs	Hautkontakt und Nahrung
Kosmetika, Körperpflegeartikel	Parabene	Fehlentwicklungen der Reproduktionsorgane	Hautkontakt
Elektronikgeräte, Baumaterialien, Möbel	Polybromierte Diphenylether (PBDE, Flammschutzmittel)	Neurologische Fehlentwicklungen bei Neugeborenen, verminderte Intelligenz und Hyperaktivität bei Kindern	Fetthaltige tierische Lebensmittel, Hausstaub
—	Atrazin (Herbizid)	Reduzierte männliche Fruchtbarkeit, Fehlbildungen bei Neugeborenen, Brust- und Prostatakrebs	Nahrungsmittel und Trinkwasser (Rückstände)

Tab. 4: Beispiele für EDCs; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

immer offensichtlicher macht, gibt es bisher kaum entsprechende Chemikaliengesetzgebungen (2). oekom research betrachtet im Rahmen des Corporate Ratings EDCs über einen branchenspezifischen Ansatz, der sich an aktuellen Risikoeinschätzungen orientiert. Eine große Relevanz wird EDCs unter der Fragestellung der „substances of concern“ beigegeben, welche sich auf die Produktionsprozesse und die Produktinhaltsstoffe bezieht. Somit sind nicht nur Unternehmen der Chemiebranche, sondern unter anderem auch Hersteller von Haushaltsprodukten, Kosmetika und Elektronik betroffen.

Insbesondere Chemikalien in der Umwelt sowie in Konsumgütern stellen die Gesundheitssysteme vor eine neue Herausforderung. Der Kausalzusammenhang zwischen Auslöser und dem finalen Krankheits-

bild ist tendenziell hoch komplex, zeitlich stark verzerrt und im konkreten Einzelfall wissenschaftlich schwer beweisbar.

EDCs können derzeit auf Basis von Einzelfallentscheidungen von der EU-Chemikalienverordnung REACH als „besonders besorgniserregende Stoffe“ reguliert werden. Gleichwohl ist es noch nicht gelungen, eine konkrete Definition zur Identifizierung relevanter Chemikalien durchzusetzen (3). Auch ist noch vollkommen unklar, ob ein weitgehendes Verbot relevanter Substanzen durchsetzbar ist oder ein deutlich weniger restriktiver regulatorischer Ansatz (etwa über eine Grenzwertregelung) Anwendung finden wird. Letztere Strategie wird von der Industrie favorisiert. Sichere Grenzwerte lassen sich allerdings aus wissenschaftlicher Sicht kaum rechtfertigen (4).

ESG-Risiken durch endokrine Substanzen in ausgewählten Branchen

Bisher ist von Seiten der chemischen Industrie bis auf wenige Ausnahmen noch keine proaktive Herangehensweise zur Bewältigung der Problematik erkennbar. Drei der acht Unternehmen mit oekom Prime Status (von insgesamt 115 Unternehmen der Branche) lassen diesbezügliche Strategien erkennen, darunter der Farben- und Spezialchemiehersteller Akzo Nobel. Offen bleibt aber, ob hier endokrin aktive Substanzen bereits berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz sind in der chemischen Industrie durchaus EDC-relevante Produktinnovationen erkennbar, die als umwelt- und gesundheitsverträglichere Alternativen für bestehende Substanzklassen beworben werden.

Am Beispiel der Elektronik-Endgerätehersteller wird deutlich, dass Chemikaliensicherheit von einem erheblichen Anteil der Branche durchaus ernst genommen wird. 23 Prozent der von oekom bewerteten 53 Unternehmen verzichten mindestens auf einige kontroverse Produktinhaltsstoffe über gesetzliche Vorgaben hinaus. Ein ähnliches Bild mit 19 Prozent zeigt sich bei den Herstellern elektronischer Komponenten. Im sehr guten Bereich des Bewertungsfeldes liegen jedoch nur 5 Prozent der von oekom research bewerteten Elektronikhersteller (insgesamt 8 von 166 Unternehmen dieser Branche), darunter Apple, BlackBerry und AU Optronics. Diese verzichten u. a. auf Phthalate und bromierte Flammschutzmittel und

damit auch auf Substanzen, welche für ihre endokrine Wirksamkeit bekannt sind. Die Bereitschaft von Unternehmen, ihr Produktportfolio einer genaueren Analyse zu unterziehen und besorgniserregende Substanzen aus eigener Initiative vom Markt zu neh-

men bzw. zu substituieren, sieht oekom research im Allgemeinen bei denjenigen am größten, deren Nachhaltigkeitsmanagement am weitesten entwickelt ist.

Mangelnde Regulierung bremst die Entwicklung von Alternativen

Entscheidend für das Finden einer nachhaltigen Lösung im Umgang mit EDCs ist letztlich die Frage, ob die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Akteure bereit sind, eine Kosten-Nutzen-Abwägung zu treffen, welche langfristige Gesundheits- und Umweltgefahren einbezieht. Solange der Einsatz von EDCs noch mangelhaft reguliert ist, stellt er auch für Investoren ein unwägbares Risiko dar. Denn derzeit noch konforme Verwendungsweisen könnten durch verschärfte Regelungen mittelfristig wegfallen. Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einer ökonomischen Folgenabschätzung der Regulierungsoptionen, die aber nicht vor 2017 abgeschlossen sein wird. Zudem ist im europäischen Kontext davon auszugehen, dass sich die nächsten regulatorischen Schritte lediglich auf den Bereich der Pestizide und Biozide beschränken werden. Demzufolge ist eine Vorreiterrolle der EU mit Wirkung auf weitere Staaten und Märkte zumindest in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich. Gleichzeitig tritt das Thema durch die Berichterstattung in Medien und von NGOs verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung, so dass sich für Konsumgüterhersteller der Druck von Verbraucherseite vermutlich erhöhen wird. Im Kosmetik- und Textilbereich stehen dem Konsumenten dank vielfältiger Initiativen von Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen bereits Informationen und App-Lösungen zur Verfügung, um kritische Produkte zu identifizieren (5). Da Hersteller zunehmend auch Reputationsrisiken ausgesetzt sind, ist eine wachsende Bereitschaft, kritische Stoffe zu substituieren, zu erwarten. Dieser Trend sollte jedoch nicht zu optimistisch stimmen. Zum einen, da die Sensibilisierung der Konsumenten bei weitem nicht alle Branchen und Märkte erreicht. Zum anderen sind die

Einflussmöglichkeiten der Verbraucher auf eine umfassende Regulierung angesichts der Vielzahl potenzieller EDCs vermutlich begrenzt.

Fest steht, dass für viele EDCs erst noch wirtschaftlich lohnende Alternativen entwickelt werden müssen (zumindest für bestimmte Anwendungen). Dies sollte im Sinne einer innovationsfreudigen und zukunftsorientierten Wirtschaft begriffen werden, die finanzielle und regulatorische Anreize idealerweise so setzt, dass sich frühzeitig die gesundheitlich und ökologisch unbedenklichsten Produkte durchsetzen können. Bei der ökonomischen Kostenkalkulation sollte zudem berücksichtigt werden, dass wirtschaftliche Lösungen, die auf den Einsatz von EDCs verzichten, ihrerseits Wertschöpfung und Arbeitsplätze generieren.

Quellen:

- (1) <http://press.endocrine.org/doi/10.1210/jc.2014-4324> und <http://www.who.int/ceh/publications/endocrine/en/>
- (2) <http://www.reach-info.de/endokrin.htm>
http://www.who.int/ipcs/publications/new_issues/endocrine_disruptors/en/
- (3) http://chemsec.org/images/stories/2014/EDC_factsheet_October_2014.pdf
- (4) <http://endocrinenews.endocrine.org/endocrine-society-takes-a-global-lead-on-edc-policy/>
- (5) <http://www.edc-free-europe.org/ewgs-skin-deep-has-gone-mobile/>
<http://www.bund.net/toxfox>
[http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2012/chemie%20und%20wasser/Ratgeber_Textil-Standards_8\(1\).pdf](http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2012/chemie%20und%20wasser/Ratgeber_Textil-Standards_8(1).pdf)
<http://www.greenpeace.org/international/en/news/Blogs/makingwaves/endocrine-distruptors/blog/54622/>

2.7. Kurzfristiger monetärer Gewinn und dauerhafter Schaden: Pestizide und ihr Einfluss auf Biodiversität und Welternährung

Das SDG 15 „protect, restore and promote sustainable use of terrestrial ecosystems, sustainably manage forests, combat desertification, and halt and reverse land degradation and halt biodiversity loss“ fordert den Schutz verschiedenster Ökosysteme, wobei auch dem weltweiten Artensterben Einhalt geboten werden soll. Auch wenn es unterschiedlichste Gründe für den derzeit rasanten Rückgang der Artenvielfalt gibt, spielt doch die Landwirtschaft eine entscheidende Rolle.

Weltweit betrachtet ist der Einsatz von Agrochemikalien in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen (1). Die industrielle Landwirtschaft begründet den verstärkten Einsatz mit dem SDG 2, welches die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der Weltbevölkerung benennt.

Daniela Knodt
ANALYST



Der vermeintliche Zielkonflikt zwischen Biodiversität und Welternährung lässt sich jedoch leicht auflösen, wenn man sich vor Augen führt, dass bereits mit der heutigen Produktion alle 7,3 Milliarden Menschen der Welt mehr als ausreichend ernährt werden könnten. Zur wirksamen Bekämpfung des Welthungers ist es jedoch unerlässlich, den genauen Wortlaut des UN-Ziels zu berücksichtigen: Dieser betont die Etablierung einer „nachhaltigen Landwirtschaft“. Dies ist ohne den Schutz der Artenvielfalt nicht möglich.

Der exzessive Einsatz chemischer Pestizide, ...

... insbesondere von Hochrisikosubstanzen etwa aus der Gruppe der Organochlorpestiziden, ist aufgrund seiner Umweltauswirkungen als sehr kritisch zu sehen:

1. Eliminierung von „Nützlingen“: Eine hohe Artenvielfalt ist die Grundlage für zentrale Ökosystem-Dienstleistungen wie eine dauerhafte Bodenfruchtbarkeit, Blütenbestäubung, natürliche Schädlingsbekämpfung oder die Fähigkeit des Bodens, Kohlenstoff zu speichern. Das in der Praxis mögliche Ausmaß der Kollateralschäden eines Biodiversitätsverlusts zeigt sich zum Beispiel auf Apfelplantagen im Südwesten Chinas, auf denen nach der Ausrottung der Wildbienen die Handbestäubung jeder einzelnen Apfelblüte notwendig wurde (2). Tatsächlich ist der Rückgang der Bienenpopulationen ein weltweites Phänomen, das auch kommerziell genutzte Bienenvölker in der EU und den USA betrifft und für das der Begriff „Colony Collapse Disorder“ (Völkerkollaps) geprägt wurde. In diesem Zusammenhang rückten verschiedene bienenschädliche Substanzen (Neonikotinoide und Fipronil) der Hersteller Bayer, Syngenta und BASF in den öffentlichen Fokus.

2. Resistenzbildung: Viele Produktivitätsversprechen von Agrochemieherstellern haben sich aufgrund rascher Resistenzbildungen auf den Feldern nicht dauerhaft erfüllt. So zwingt die zunehmende Plage sogenannter „Super-Unkräuter“ beispielsweise Landwirte in den USA, immer größere Mengen Glyphosat bzw. Roundup einzusetzen und sogar auf noch giftigere Mittel zurückzugreifen (3).

3. Abdrift und Persistenz: Dieser Mechanismus stellt ein Risiko für die weltweite Artenvielfalt dar und kann im schlimmsten Fall mit akuten Gesundheitsgefahren für die lokale Bevölkerung einhergehen. Einige Pestizide (unter anderem chlororganische Verbindungen) verbleiben in der Umwelt als persistente Schadstoffe und reichern sich im Grundwasser oder in der Nahrungskette an. Ein Beispiel ist das in Deutschland seit 1991 verbotene Herbizid Atrazin. Die in den USA und anderen Ländern weiterhin eingesetzte Substanz und eines ihrer giftigen Abbauprodukte ist in Binnengewässern sowie im Grundwasser in teils beunruhigend hohen Konzentrationen nachweisbar. In Folge sind kostenaufwändige Filtermaßnahmen für Trinkwasser notwendig geworden, um eine Einhaltung der Grenzwerte sicherzustellen (4).

Riskante Pestizidnutzung in Ländern mit Nahrungsmittelknappheit

Für weniger entwickelte Länder und Schwellenländer mit teils prekärer Nahrungsmittelversorgung ist der Versuch, Produktivitätssteigerungen durch Pestizideinsatz (und gentechnisch verändertes Saatgut) zu erreichen, mit erheblichen Risiken verbunden. Zum einen, da hier im Gegensatz zu Industriestaaten oftmals Kleinbauern die regionale Lebensmittelproduktion sicherstellen. Diese produzieren mit agrarökologischen Methoden in der Regel kosteneffizienter, während der Zukauf von Agrochemikalien eine finanzielle Belastung darstellt, die durch Produktivitätsgewinne schwer auszugleichen ist. Zudem ist gerade im kleinbäuerlichen Bereich oft kein adäquater Einsatz der Substanzen unter Berücksichtigung aller Sicherheitsvorkehrungen möglich. Letztlich ist hier sogar fraglich, ob staatliche Regulierungsbehörden die Ressourcen und Durchsetzungskraft besitzen, die zum Schutz der Bevölkerung nötigen Überwachungs- und Zulassungsbeschränkungen objektiv zu implementieren. Für den weltweit wichtigsten Pestizidmarkt Brasilien ist ausreichend dokumentiert, dass dies nicht annähernd der Fall ist. Äußerst kritisch zu sehen ist auch, dass Hersteller besonders in Ländern des globalen Südens oftmals Substan-

zen vermarkten, die in ihren Heimatmärkten verboten sind (5). Darüber hinaus ist die Effektivität der Pflanzenschutzmittel in (sub)tropischen Regionen geringer, da es temperaturbedingt schneller zu Resistenzbildungen kommt.

Im Rahmen des Ratingprozesses betrachtet oekom research die Aktivitäten potenzieller Pestizidproduzenten und -anwender aller Branchen und leitet daraus Bewertungen hinsichtlich der Art der Pflanzenschutzmittel und des Umgangs mit besonders umwelt- und gesundheitsgefährdenden Substanzen ab. Wenn Unternehmen, beispielsweise aus der Chemie-, Pharma- und Lebensmittelbranche, in die Produktion von Pestiziden der WHO 1a/b Kategorie involviert sind, führt dies zur Aktivierung des zugehörigen Ausschlusskriteriums „Biozide“. Zusätzlich werden im oekom Corporate Rating bei Unternehmen, die durch die Herstellung und den Einsatz dieser und weiterer besonders umwelt- und gesundheitsgefährdender Produkte auffallen, Abwertungen in den Bereichen Produktverantwortung, kontroverse Umweltpraktiken und/oder Menschenrechte vorgenommen.

Biologische Pestizidlösungen als Chance für die Agrarindustrie

Ein tiefgreifender Strategiewechsel beim exzessiven Pestizideinsatz ist aufgrund der hohen Marktkonzentration und der damit einhergehenden Marktmacht sowie wegen des politischen Einflusses traditioneller Akteure der industriellen Landwirtschaft nicht zu erwarten. 75 Prozent des Agrarchemiemarktes werden von wenigen Unternehmen repräsentiert: Syngenta, Bayer CropScience, BASF, Dow AgroSciences und Monsanto. Außerdem ist eine weitere Konsolidierung der Branche und Reduktion der Konzernakteure über die nächsten Jahre wahrscheinlich, sofern die kartellrechtlichen Hürden überwunden werden können (6).

Nichtsdestotrotz gibt es schon heute innovative und nachhaltige Methoden der Schädlingsbekämpfung. Zu diesen zählen sogenannte Biopestizide und andere biologische Schädlingsbekämpfungsmittel, welche zum Teil auch im ökologischen Landbau zum Einsatz kommen. Sie basieren auf natürlich vorkommenden, nützlichen (Mikro-)Organismen, welche das Wachstum der Nutzpflanzen fördern. Etwa indem sie unerwünschte Schadinsekten spezifisch befallen und so in ihrem Bestand reduzieren. Tatsächlich werden sogenannte „Biologicals“ auch

von großen Agrarkonzernen erforscht und gelten als zukunftssträchtiger Wachstumsmarkt der Pflanzenschutzbranche (7). Bekannt für seine Biopräparate ist insbesondere das auf Mikroorganismen und ihre Enzyme spezialisierte Biotech-Unternehmen Novozymes, welches seine mikrobiellen Agrarprodukte derzeit in einer Allianz mit Monsanto entwickelt (8). Auch Technologien für einen effizienten Einsatz der „Nützlinge“ werden derzeit erprobt. Noch handelt es sich bei den chemikalienfreien Pflanzenschutzlösungen um einen Nischenmarkt, der traditionelle Pestizide eher ergänzt als ersetzt (9). Ob ein Strukturwandel zugunsten ökologischer Methoden mit den etablierten Akteuren gelingen kann, wird sich zeigen. Für einen tiefgreifenden Wandel spricht, dass etwa in Frankreich, Deutschland und selbst in den USA der Agrochemieeinsatz und seine Nebenwirkungen zunehmend als kritisch betrachtet werden, was sich in entsprechendem Druck auf die Hersteller niederschlägt. Jedoch ist fraglich, ob staatliche Zulassungs- und Regulierungsbehörden diesen Anpassungsdruck in ausreichender Form – zumindest auf den wichtigsten Märkten – aufbauen können. Während Entwicklungs- und Schwellenländer die-

ser Aufgabe oftmals kaum gewachsen sind, gibt es auch Beispiele aus Europa und den USA, die auf eine mangelnde Unabhängigkeit der Regulierungsinstanzen hindeuten (10). Zudem ist alternativer Pflanzenschutz nur ein Teil der Lösung des Pestizidproblems. Die wirkliche Herausforderung besteht in der Neustrukturierung der derzeit auf großflächige Monokulturen ausgerichteten industriellen Landwirtschaft hin zu weniger schädlinganfälligen Anbaumethoden.

Quellen:

- (1) http://www.pan-germany.org/download/Vergift_EN-201112-web.pdf
<https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/5193-Decline-of-bees-forces-China-s-apple-farmers-to-pollinate-by-hand>
- (2) http://www.ucsusa.org/sites/default/files/legacy/assets/documents/food_and_agriculture/rise-of-superweeds.pdf + <http://weedscience.org/summary/countrysummary.aspx>
- (3) https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP16/Drucksachen/Schriftliche%20

- Anfragen/16_0016023.pdf + https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/wawi_teilo1_web.pdf
- (4) <http://www.reuters.com/investigates/special-report/brazil-pesticides/>
- (5) <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/basf-bayer-dupont-monsanto-syngenta-das-grosse-umpfluegen-in-der-agrochemie-/12552038.html>
- (6) <http://www.zeit.de/2015/12/monsanto-agrawirtschaft-gentechnik-nachhaltigkeit/seite-3> + <http://www.biopesticideindustryalliance.org/member-company/dupont/>
- (7) <http://www.novozymes.com/en/solutions/agriculture/crop-production/Pages/default.aspx>
- (8) <http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article143276688/bundesweit-einmalig.html>
- (9) <http://www.novozymes.com/en/about-us/brochures/Documents/BioAg-Alliance-factsheet.pdf>
- (10) http://www.theguardian.com/environment/2015/jul/17/government-gags-pesticide-advisers-refusal-support-bee-harming-neonicotinoids?CMP=share_btn_tw

2.8. Die Vereinbarkeit von Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten

Zwei Ziele innerhalb der UN Sustainable Development Goals haben einen direkten Bezug zu den Menschenrechten: Ziel 10 „reduce inequality within and among countries“ will mit einem besonderen Augenmerk auf die Bedürfnisse benachteiligter und marginalisierter Bevölkerungsteile die Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern. Ziel 16 „promote just, peaceful and inclusive societies“ spricht die Förderung gerechter, friedlicher und inklusiver Gesellschaften, den Zugang aller Menschen zur Justiz und den Aufbau effektiver, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen auf allen Ebe-

Constanze Boulanger
SENIOR ANALYST



nen an. Neben den Staaten sehen die SDGs hier ausdrücklich auch die Unternehmen in der Verantwortung, sich mit Kapital, Arbeitsplätzen, Technologien und Infrastruktur für die Erreichung der Ziele einzusetzen. Doch wie genau das aussehen kann, ist derzeit unklar.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Bis dato gibt es auf globaler Ebene keinen feststehenden Menschenrechtskatalog, der für Unternehmen verbindlich ist. Einzig die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Guiding Principles on Business and Human Rights) haben die Verantwortung von Unternehmen (und auch Staaten) schriftlich fixiert (1). Diese sind jedoch rechtlich nicht bindend. Aktuell arbeiten die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen daran, die Leitprinzipien auf nationaler Ebene umzusetzen. Die Diskussionen im Zuge der Erstellung dieser Aktionspläne verdeutlichen die Herausforderungen und

die unterschiedlichen Standpunkte, wenn es darum geht, den Schutz von Menschenrechten durch Politik und Wirtschaft umzusetzen: Wie genau sehen angemessene Maßnahmen zur Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht aus? Sollen die Staaten den Unternehmen gesetzlich gültige Vorgaben zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten machen, oder soll es bei freiwilligen Standards bleiben? Wie viel Berichterstattung und Transparenz ist nötig und möglich, insbesondere wenn es um komplexe Rohstofflieferketten geht?

Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen

Das Risiko für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen unterscheidet sich zwischen Branchen und je nach Geschäftsmodell zum Teil erheblich (siehe Kapitel 1.4. „Kontroverses Geschäftsverhalten“). Es kann über die gesamte Wertschöpfungskette des Unternehmens hinweg zu Verstößen gegen Menschenrechte kommen. Auch die UN-Leitprinzipien betonen, dass sich die Verantwortung von Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte nicht nur auf ihre eigene Tätigkeit, sondern auch auf Geschäftsbeziehungen mit anderen Parteien, etwa Lieferanten, sowie ihre Produkte und Dienstleistungen bezieht. Dies auch dann, wenn sie selbst nicht zu diesen Auswirkungen beitragen.

Angesichts der Risiken und wiederholt dokumentierten Menschenrechtsverstöße in den besonders exponierten Rohstoffindustrien (Metals & Mining, Oil, Gas & Consumable Fuels) fallen die Maßnahmen zur Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht mangelhaft aus, wie die Grafik zeigt. Nur 8 Prozent der insgesamt über 3.700 Unternehmen im oekom Universum legen umfassende Maßnahmenpakete vor.

Menschenrechte brauchen Öffentlichkeit

Im Februar 2015 veröffentlichte die unabhängige Non-Profit-Organisation Shift einen Rahmen für unternehmerische Berichterstattung nach den UN-Leitprinzipien („UN Guiding Principles Reporting Framework“), der noch im gleichen Jahr von Unilever, Ericsson, H&M, Nestlé, Newmont Mining und ABN Amro angewandt wurde (2). Auch für Anleger werden die Leitprinzipien immer wichtiger: Eine Koalition von 82 Investoren mit 4,8 Billionen US-Dollar verwaltetem Vermögen erklärte im Juli 2015 ihre Unterstützung für das Reporting Framework. In ihrer Stellungnahme heißt es, dass Menschenrechtsrisiken eben auch Risiken für das Geschäft seien. Die Koalition ermutigt Unternehmen, über ihre Aktivitäten zur Wahrung der Menschenrechte öffentlich zu berichten (3).

Es wird zu beobachten sein, wie sich dieser neue Reporting-Standard zu Menschenrechten etablieren und wie sich das systematische Management von Menschenrechtsthemen in den verschiedenen Branchen entwickeln wird. Abzuwarten bleibt, welche Impulse nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien setzen werden. Die bereits verabschiedeten Aktionspläne geben Einblick in aktuelle Fortschritte: In Großbritannien müssen beispielsweise „Informationen über Menschenrechte“ in die

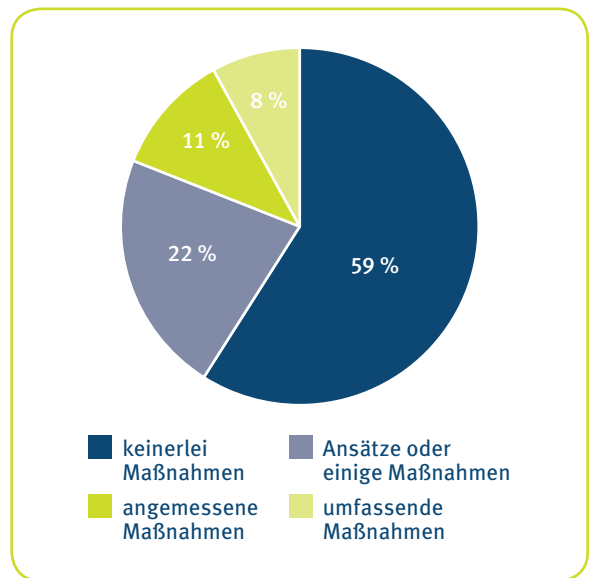


Abb. 14: Auswertung des Indikators „Human rights policy“ im oekom Corporate Rating; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

Jahresberichte aufgenommen werden; finnische Unternehmen sind aufgefordert, Menschenrechtsrisiken in ihren Wertschöpfungsketten zu untersuchen und offen zu legen.

In Deutschland soll der Aktionsplan im Jahr 2016 durch das Bundeskabinett verabschiedet werden. Im Mittelpunkt steht natürlich die Frage, ob diese Entwicklungen dazu beitragen können, Menschenrechtsverstöße zu vermeiden und die Lebensbedingungen betroffener Menschen zu verbessern. Wichtig ist deshalb eine öffentliche Berichterstattung nicht nur zu Managementsystemen, sondern vor allem auch zu Vorfällen und Lebensumständen vor Ort – durch die Unternehmen selbst, aber auch durch Berichte von Journalisten, aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Nur so entsteht Handlungsdruck für Unternehmen, ihr Geschäftsgebaren tatsächlich an der Wahrung der Menschenrechte auszurichten.

Quellen:

- (1) http://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf
- (2) <http://www.ungpreporting.org/>
- (3) <http://www.ungpreporting.org/early-adopters/investor-statement/>

2.9. Urban Mining: nachhaltige Wertschöpfung durch Recycling

Schrott von elektrischen und elektronischen Geräten (Waste Electric and Electronic Equipment, WEEE) stellt weltweit die größte Quelle an Abfallressourcen dar. Ihr Wert wird allein in Europa mit 2,15 bis 3,67 Milliarden Euro beziffert. Jedes Jahr werden circa 30 bis 50 Millionen Tonnen entsorgt, mit jährlichen Wachstumsraten von geschätzten drei bis fünf Prozent (1).

Der Großteil der Entsorgung und damit auch das größte Potenzial in der Ressourcenhebung liegt aber in Entwicklungsländern. Hier gehen Experten des Basel Convention Regional Coordinating Centre for Africa for Training and Technology Transfer davon aus, dass allein bis zum Jahr 2030 jährlich zwischen 400 bis 700 Millionen PCs entsorgt werden, die zweifache Menge im Vergleich zu den 200 bis 300 Millio-

Andreas von Angerer
SENIOR ANALYST



nen Geräten in den Industrieländern (2).

Angeichts dieser Größenordnung ist es nur folgerichtig, dass sich auch die Sustainable Development Goals diesem Thema widmen. Ziel 12 lautet: „ensure sustainable consumption and production patterns“ (3). Zum Erreichen dieser nachhaltigen Produktions- und Konsummuster wurden elf weitere Unterziele formuliert, von denen zwei direkt auf die Abfallentsorgung und auf Recycling Bezug nehmen:

◆ *By 2020, achieve the environmentally sound management of chemicals and all wastes throughout their life cycle, in accordance with agreed international frameworks, and significantly reduce their release to air, water and soil in order to minimize their adverse impacts on human health and the environment.*

◆ *By 2030, substantially reduce waste generation through prevention, reduction, recycling and reuse.*

Die Städte als potenzielle Rohstofflager

Derzeitige Recycling-Technologien und Geschäftsmodelle verfügen noch nicht über ausreichende Möglichkeiten, die steigenden Abfallressourcen zu bergen. Das entsprechende Verwertungsvolumen ist daher noch vergleichsweise gering. Hier könnte das Konzept des „Urban Mining“ Abhilfe schaffen (4). Es betrachtet Städte generell als von Menschen gemachte Rohstofflagerstätten, in denen Ressourcen liegen, die durch Rückbau und Recycling erschlossen werden können. Der Hauptfokus bei diesem Lösungsansatz liegt aktuell zwar noch auf der Baubranche, in der die Aufbereitung wertvoller Materialien beim Abbruch oder Rückbau oft schon die Regel ist. Da WEEE aber inzwischen die weltweit reichste Quelle für Abfallressourcen darstellt, kommt den Unternehmen der Elektronikbranche eine entscheidende Rolle im Konzept zu.

Urban Mining umfasst drei Elemente:

- ◆ Ressourceneffizienz
- ◆ Ressourcensubstitution
- ◆ Ressourcenrückgewinnung

Vor allem die professionelle Ressourcenrückgewinnung ermöglicht neben verbessertem Gesundheits- und Umweltschutz die Schaffung neuer Arbeitsplätze und kann somit wesentlich zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Dies gilt speziell für Entwicklungsländer. Wichtig ist zu erwähnen, dass es sich hier nicht ausschließlich um illegal exportierten Elektroschrott handelt. Es ist vor allem legal importierte Ware, die dann vor Ort das Ende ihres Produktlebenszyklus erreicht (5).

Innerhalb der EU wurde die Rolle der Unternehmen in der entsprechenden Gesetzgebung, der sogenannten WEEE-Richtlinie (Direktive 2012/19/EU), in Form der erweiterten Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility, EPR) berücksichtigt. EPR besagt, dass jeder Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten für die Finanzierung der Behandlung, Verwertung und Beseitigung seiner eigenen Produkte verantwortlich sein soll. Dadurch sollen Unternehmen dazu bewegt werden, bereits bei der Konzeption und Produktion neuer Geräte deren mögliche Nachrüstung, Wiederverwendung und Recycling zu berücksichtigen (6).

Ressourcenkreislauf statt Verbrauchsproduktion: Herausforderung für die Industrie

Die Herausforderungen für IT-Unternehmen werden im Corporate Rating von oekom research mit mehreren Indikatoren im Rahmen des Umwelt- und Sozialratings bewertet und lassen sich in drei Bereiche unterteilen:

1. Rücknahme von Altgeräten und sachgemäßes Recycling bzw. Beseitigen
2. Produktdesign hinsichtlich Langlebigkeit, Reparatur- und Recyclingfähigkeit und geeignete Optionen zur Verlängerung der Produktlebensdauer
3. Integration recycelter Materialien in neue Geräte

Bei der Rücknahme geht es sowohl um die Information der Nutzer als auch um die Verfügbarkeit von Rücknahmesystemen, die leicht zugänglich und kostenlos sein sollten. Beides wird auch von der WEEE-Richtlinie verlangt. Allerdings gilt diese nur innerhalb der EU, in vielen anderen Ländern gibt es solch eine Gesetzgebung gegenwärtig noch nicht.

Bei 20 Prozent der Unternehmen stieg in den letzten drei Jahren die Menge der zurückgenommenen Geräte im Verhältnis zum Umsatz. Mit Apple und Wincor Nixdorf können zwei Unternehmen bereits eine Rückgabquote von über 70 Prozent vorweisen.

Es ist zudem wichtig, illegale Exporte zu verhindern und eine fachgerechte Entsorgung durch qualifizierte Betriebe sicherzustellen, um sowohl Umweltschäden als auch prekären Arbeitsbedingungen vorzubeugen. Recyclingbetriebe sollten über Umwelt- und Arbeitssicherheitsmanagementsysteme verfügen, die im Idealfall zertifiziert sein oder zumindest regelmäßig auditiert werden sollten.

25 Prozent aller untersuchten Unternehmen haben zertifizierte bzw. auditierte Recyclingunternehmen mit der Entsorgung ihrer Geräte beauftragt. Während sich 17 Unternehmen zudem klar zu einem Exportverbot von Elektroschrott bekennen, lassen

nur sieben dieser Unternehmen das Versprechen durch Audits bei ihren Recyclern überprüfen.

Angesichts steigender Abfallmengen in Entwicklungsländern müssen sich die Unternehmen auch um die sachgemäße Entsorgung außerhalb ihrer Hauptabsatzmärkte kümmern. Nur sehr wenige Unternehmen berichten diesbezüglich über relevante Initiativen. Darunter befinden sich mit HP, Dell, Ericsson und Philips vier Mitglieder der „Stop-the-E-waste-Problem“-Initiative (StEP) (7). Dieser Zusammenschluss verschiedener Akteure, dem neben IT-Unternehmen auch Recyclingfirmen sowie Regierungs- und internationale Organisationen angehören, versucht ganzheitliche Lösungsansätze zur Aufbereitung und Vermeidung von Elektronikschrottabfällen zu entwickeln.

Wenn die Produkte bereits auf dem Markt sind, gibt es diverse Möglichkeiten, deren Lebenszyklus zu verlängern:

- ◆ verlängerte Garantiezeiten
- ◆ lange Verfügbarkeit sowie günstige Preise von Ersatzteilen
- ◆ Leasingmöglichkeiten und Anleitungen zur Reparatur
- ◆ Möglichkeiten zur Generalüberholung (refurbishment)

Um eine wirkliche Ressourceneffizienz zu erreichen, sollten Elektronikunternehmen so weit wie möglich auch recycelte Materialien in ihren Produkten verwenden. Während die Nutzung von Altmetallen schon recht weit verbreitet ist, gibt es bezüglich des Einsatzes weiterer Materialien, insbesondere Plastik, einige Vorbehalte hinsichtlich Qualität, Produktsicherheit sowie Ästhetik (8). Da recycelter Kunststoff in der Regel aus mehreren Quellen stammt, gestaltet sich die Überprüfung seiner exakten Zusammensetzung

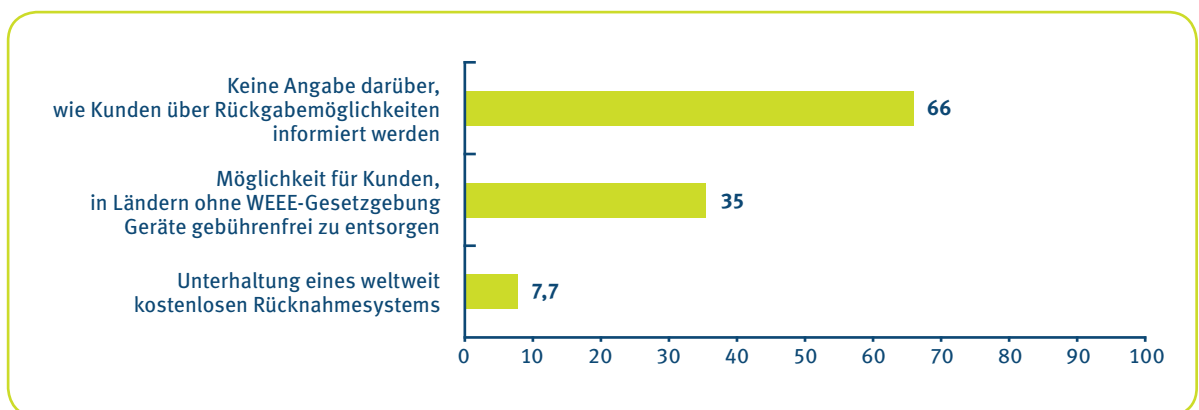


Abb. 15: Rücknahmeverpflichtungen der Unternehmen; in %; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

zung oft schwierig. In diesem Zusammenhang hat Dell ein bisher einzigartiges Pilotprojekt gestartet, bei dem es gelungen ist, den Kreislauf zu schließen. Plastik aus Dell-Altgeräten wurde wiederaufbereitet und in neuen Produkten verwendet (9). Dies ist aller-

Wer austeilt, muss auch einstecken können

Wie die Analyse innerhalb der „Electronic Devices & Appliances“-Branche zeigt, gibt es für die Mehrheit der Unternehmen noch viel zu tun, damit sie hinsichtlich Recycling ihren Teil zur Erreichung des Sustainable Development Goals beitragen. Auch eine entsprechende Gesetzgebung spielt dabei sicherlich eine große Rolle und wird in immer mehr Ländern umgesetzt werden. Die wenigen Unternehmen, die bereits jetzt über ein weltweites Rücknahmesystem verfügen, haben hier einen klaren Wettbewerbsvorteil.

Generell können diese Vorreiterunternehmen durch ihre innovativen Pilotprojekte wichtige Veränderungen anstoßen. Sinnvolle Initiativen, wie z. B. StEP, sollten im besten Fall branchenweit verankert werden. Diese Aufgabe könnte der Branchenverband EICC (Electronic Industry Citizenship Coalition) übernehmen, der bereits beim Lieferkettenmanagement und insbesondere bei dem Thema Konfliktmineralien wichtige Strukturen geschaffen hat (10). Diese ermöglichen es auch kleineren Unternehmen, eventuell negative Folgen ihres Wirtschaftens zu vermeiden.

Angesichts des raschen Technologiefortschritts wird es auf lange Sicht eher darauf ankommen, dass ein Produkt bzw. seine Bestandteile wiederverwendbar sind, als dass das Produkt langlebig ist. Dies wird sich auf die Wahl der Materialien und ihre Verarbeitung auswirken. Projekte wie das „Closed Loop“-System von Dell sollten ihren Pilotcharakter verlieren

und möglichst viele Nachahmer finden. Die wiederverwerteten Materialien müssen dabei nicht auf Kunststoffe oder Metalle begrenzt bleiben. Denn nur so wird es bis zum Jahr 2030 möglich sein, den gesamten Wert der urbanen Minen vollständig zutage zu fördern und somit Ziel 12 der SDGs zu erfüllen.

Quellen:

- (1) http://ec.europa.eu/environment/integration/research/newsalert/pdf/economic_incentives_for_bringing_e-waste_into_the_circular_economy_435na3_en.pdf
- (2) Osibanjo, Oladele, E-waste problem. Capacity Building Workshop for the informal sector on environmentally sound management of e-waste in Nigeria (2010)
- (3) <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-consumption-production/>
- (4) <http://www.urban-mining.com/>
- (5) Bates, Margaret, Castren, Helena, Cox-Kearns, Jean, Guilcher, Hervé, Van Rensburg, Ruben Janse, Perry, Jonathan, Smit, Eelco, Vött, Ulrike, Truscotto, Robert, Development of e-waste recycling infrastructure in Africa (2014)
- (6) <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32012L0019&from=EN>
- (7) <http://www.step-initiative.org/>
- (8) Smit, Eelco, Learnings from Philips Consumer Lifestyle Recycled Plastics Program (2014)
- (9) O'Connell, Scott, Shrivastava, Puneet, Stutz, Markus, Closing the loop for plastics in electronic products (2014)
- (10) <http://www.eiccoalition.org/>

2.10. Steuervermeidung: Unternehmensgewinne auf Staatskosten

Nach Schätzungen der OECD verlieren die Mitgliedsstaaten der Organisation durch Steuervermeidung und Gewinnverschiebung bei multinationalen Konzernen jährlich umgerechnet bis zu 220 Milliarden Euro an Steuern (1). Entwickelte Länder können diese Praktiken noch am ehesten begrenzen, da sie Transaktionen innerhalb von Konzernen genau untersuchen. Es bleibt jedoch dort problematisch, wo die Steuerbehörden das nicht können. Besonders betroffen von Steuerausfällen sind daher die Schwellen- und Entwicklungsländer und hier vor allem rohstoffreiche Länder. Durch das Transfer Pricing – also

Susanne Schwind-Elsner
SENIOR ANALYST



dem Verrechnen von Kosten innerhalb des Unternehmens – entfällt ein großer Teil der dringend benötigten Staatseinnahmen. Während beispielsweise in Norwegen siebzig Prozent der Gewinne aus dem Rohstoffexport in die Staatskasse fließen, bleiben in Sambia nur fünf Prozent im Land (2).

Steuerausfall durch Gewinnmaximierung

Die Zielsetzung des SDG 10 „reduce inequality within and among countries“ ist es, Ungleichheit zwischen Staaten zu verringern. Dies ist unter anderem dann möglich, wenn die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, effektive Steuersysteme aufzubauen, um größere eigene Einnahmen zu erzielen. Derzeit sind nach Expertenschätzungen fast 60 Entwicklungs- und Schwellenländer von den Einnahmen aus dem Erdöl-, Erdgas- und Bergbausektor abhängig (3). Laut einer Studie der NGO European Network on Debt and Development (Eurodad) entgehen den Entwicklungsländern jährlich zwischen 660 und 870 Milliarden Euro an Steuereinnahmen, insbesondere durch die Steuerpraktiken multinationaler Unternehmen (4). Die Länder der zentralafrikanischen Region zum Beispiel gehören zu den rohstoffreichsten Ländern des Kontinents, rangieren aber größten-

teils am Ende der Länderliste des Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen und im unteren Viertel des Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International (5). Eine Anfang 2016 erschienene Studie der NGO Oxfam sieht ebenfalls einen Zusammenhang zwischen der Nutzung von Steueroasen und sozialer Ungleichheit. Demnach sind es vor allem vermögende Einzelpersonen und große Unternehmen, die überhaupt in der Lage sind, die globalen Steuervermeidungsmechanismen zu nutzen und sich so ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen. Entsprechend stehen in Ländern, in denen die soziale Ungleichheit am größten ist und Gewinne in Steueroasen verschoben werden, nicht genügend Mittel für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben zur Verfügung, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Gesundheit (6).

Intransparenz und unzureichendes Reporting als ESG-Risiko

Aufgrund der negativen finanziellen und sozialen Folgen der Steuervermeidung ist diese aus Sicht des Nachhaltigkeitsratings als kritisch einzustufen.

Im oekom Corporate Rating steht insbesondere das Thema der transparenten Berichterstattung zu Unternehmensgewinnen und Steuerzahlungen im Vordergrund. Die Bewertung der Unternehmen orientiert sich am Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Global Reporting Initiative (GRI). Er gibt vor, dass Unternehmen Zahlungen an öffentliche Stellen in ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung nach Ländern aufgeschlüsselt angeben sollen, sofern sie in mehr als einem Land tätig sind. Die konsequente Umsetzung eines entsprechenden Country-by-Country-Reportings, wie es von anderen Initiati-

ven gefordert wird, führt zu einer verhältnismäßig guten Bewertung und ist im Einzelfall bereits zu beobachten.

Die Beteiligung an branchenbezogenen Initiativen wie etwa der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) wird als positiver Ansatz bewertet. Unter anderem durch das Engagement von EITI berichten rohstoffintensive Branchen transparenter über Zahlungen an Regierungen. Unternehmen wie Statoil (Norwegen), Rio Tinto (Vereinigtes Königreich) und Kosmos Energy (Vereinigte Staaten) können hier mit Transparenz punkten.

oekom research erwartet von den Unternehmen zudem, dass sie sich in ihren Codes of Conduct zur Frage der Steuervermeidung durch Verrechnungs-

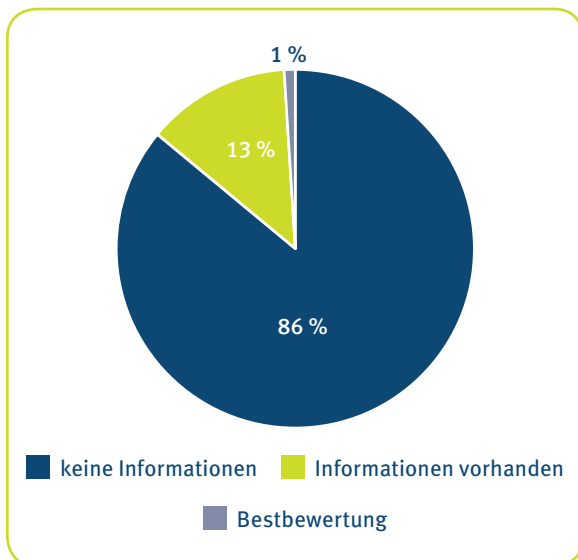


Abb. 16: Verteilung der Berichterstattungsqualität in Prozent. Von allen 3.614 bewerteten Unternehmen veröffentlichen gerade einmal 485 für die niedrigste Bewertung ausreichende Informationen. Die Bestbewertung erfolgt bislang nur bei 24 Unternehmen; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

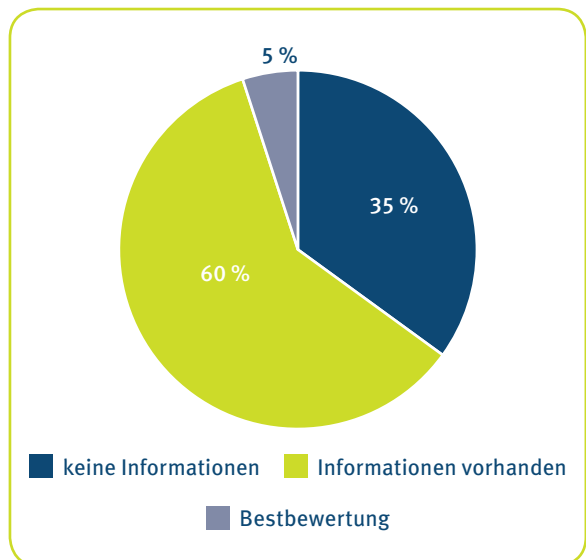


Abb. 17: In der Branche Oil, Gas & Consumable Fuels (OG&CF) haben überdurchschnittlich viele Unternehmen mindestens die niedrigste Bewertungsstufe erhalten und mehr Unternehmen Bestergebnisse erzielt; Stand 31. 12. 2015; Quelle: oekom research (2016)

preise (Transfer Pricing) äußern. Dies machen gerade einmal 53 Unternehmen von insgesamt 1.971 Unternehmen (2,7 Prozent), bei denen der Indikator per 21. 12. 2015 bewertet wurde. Insgesamt fünf der bewerteten Unternehmen (Atlas Copco AB, Koninklijke KPN NV, MAN SE, National Australia Bank, REN – Redes Energéticas Nacionais) schließen entsprechende Praktiken konsequent aus.

Wegen der Sonderrolle der Banken und Finanzdienstleister bei der Steuervermeidung über Steuer-

oasen stehen diese im verstärkten Fokus des Corporate Rating. Bewertet wird hier unter anderem, welche Strategie diese im Hinblick auf die Nutzung von Steueroasen haben. Die bestmögliche Bewertung können nur Banken erreichen, die sich ganz aus Steueroasen zurückziehen. Insgesamt 378 Finanzinstitute werden in diesem Untersuchungsfeld bewertet. Davon nehmen rund 80 Prozent keinerlei Stellung zu diesem Thema.

Anforderungen an Transparenz und Reportingqualität werden steigen

Die OECD hat im November 2015 auf dem G20-Gipfel in Antalya ein Maßnahmenbündel verabschiedet, das von multinationalen Unternehmen fordert, ihre Gewinne zukünftig nach Ländern auszuweisen (Country-by-Country-Reporting) (7). Was der OECD-Aktionsplan vorsieht, fordert die EU-Richtlinie 2013/36/EU schon jetzt von Finanzinstituten. Diese sollen jährlich – aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten und Drittländern, in denen sie über eine Niederlassung verfügen – neben anderen diese Angaben auf konsolidierter Basis offenlegen: Ort der Geschäftstätigkeit, Umsatz, Anzahl der Mitarbeiter, Gewinn oder Verlust vor Steuern, Steuern auf Gewinn oder Verlust, erhaltene staatliche Beihilfen (8). Zudem hat die Regierung von Deutschland im Dezember 2015 beschlossen, ab 2016 Konzerne mit einem Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro zu verpflichten, dem Finanzamt detaillierte Kennzah-

len für alle Konzernteile zu nennen, auch für jene im Ausland (globale Aufteilung der Erträge, entrichtete Steuern und weitere Indikatoren der Geschäftstätigkeit), und einen Informationsaustausch mit den Finanzbehörden mehrerer anderer Länder zu ermöglichen. Mit diesem System soll multinationalen Konzernen die Umgehung von Steuerpflichten durch eine Verschiebung von Gewinnen in jene Staaten erschwert werden, in denen Besteuerung für sie am günstigsten wäre (9). Die Transparenzanforderungen an Unternehmen werden also in Zukunft noch ansteigen. Country-by-Country-Reporting wird weiterhin als Lösung favorisiert und stellt die zentrale Voraussetzung für die Unitary Taxation (UT) bzw. Gesamtkonzernbesteuerung dar. Es wird von NGOs wie dem Tax Justice Network, Attac und WEED als Alternative zum heute international üblichen Verfahren zur Besteuerung von multinationalen Unternehmen angesehen.

Die UT soll die Gewinne von multinationalen Unternehmen dort ausweisen, wo tatsächlich produziert, geforscht und verkauft wird. Auf diese Weise wird es auch unerheblich, in welchem Land die Gewinne des Konzerns ausgewiesen werden, welche internen Verrechnungspreise der Konzern benutzt und wie viele Zinsen oder Lizenzgebühren von einem Land in das andere überwiesen werden. Der Ausweis von Gewinnen in Steueroasen, in denen die Unternehmen nicht wirtschaftlich tätig sind, hätte keine Vorteile mehr (10/11).

Quellen:

- (1) <http://www.oecd.org/ctp/top-10-frequently-asked-questions-about-beps.pdf>
- (2) Erklärung von Bern / Berne Declaration (2011): “Commodities - Switzerland’s most dangerous business”
- (3) Transparency International Deutschland e.V. (2013) Scheinwerfer, Themenschwerpunkt: Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor
- (4) Eurodad (2013) Giving with one hand and taking with the other: Europe’s role in tax-related capital flight from developing countries 2013
- (5) Transparency International Deutschland e.V. (2013) Scheinwerfer, Themenschwerpunkt: Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor
- (6) <https://www.oxfam.org/en/research/economy-1>
- (7) <http://www.oecd.org/newsroom/g20-leaders-endorse-oecd-measures-to-crackdown-on-tax-loopholes-reaffirm-its-role-in-ensuring-strong-sustainable-and-inclusive-growth.htm>
- (8) Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013
- (9) <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/12/2015-12-08-kabinett-mehrseitige-vereinbarung.html>
- (10) <http://www.attac.de/kampagnen/konzernbesteuerung/unitary-taxation/gesamtkonzernshysteuer>
- (11) http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Towards_Unitary_Taxation_1-1.pdf

Die oekom research AG zählt zu den weltweit führenden Ratingagenturen im Bereich des nachhaltigen Investments. Die Agentur analysiert Unternehmen und Länder hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Performance. Als erfahrener Partner von institutionellen Investoren und Finanzdienstleistern identifiziert oekom research diejenigen Emittenten von Aktien und Rentenpapieren, die sich durch ein verantwortungsvolles Wirtschaften gegenüber Gesellschaft und Umwelt auszeichnen. Mehr als 140 Asset Manager und Asset Owner beziehen das Research der Ratingagentur regelmäßig in ihre Anlageentscheidungen ein. Die Analysen von oekom research beeinflussen dadurch aktuell rund 600 Milliarden Euro Assets under Management.

Entscheidend für den Erfolg der oekom research AG ist die Glaubwürdigkeit unserer Analysen. Um diese zu gewährleisten, sind aus unserer Sicht vor allem zwei Aspekte von zentraler Bedeutung: die Unabhängigkeit – und zwar auf Ebene der Agentur und der Analysten – sowie ein ausgefeiltes Qualitätsmanagementsystem. oekom research verfolgt in diesen Bereichen seit der Gründung im Jahr 1993 einen konsequenten Weg und hat auf den verschiedenen Ebenen entsprechende Standards gesetzt. So akzeptieren wir z. B. keine Unternehmen, die wir bewerten, und keine Finanzmarktakteure in unserem Aktionärskreis.

In Bezug auf die Qualität unserer Ratingprozesse bescheinigt uns der Markt seit Jahren eine führende Position im Vergleich zu unseren Wettbewerbern. Nichtsdestotrotz haben wir unser Rating-

system einem ausführlichen Audit durch einen Wirtschaftsprüfer auf der Basis des international anerkannten Qualitätsstandards ARISTA® der Association for Responsible Investment Services (ARISE) (www.aristastandard.org) unterzogen.

Unser interdisziplinäres Team umfasst zur Zeit 75 Personen, davon 55 Analysten inklusive neun Analysten vom Vertriebs- und Researchpartner GES. Um den vielfältigen Ansprüchen unserer Kunden und anderer Stakeholder gerecht zu werden und eine qualitativ hochwertige Dienstleistung anbieten zu können, bildet die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung unserer Analysten einen wichtigen Schwerpunkt. Neben dieser inhaltlichen Expertise erfordert der globale Markt auch ein zunehmendes Maß an Internationalität: So sprechen unsere Mitarbeiter derzeit rund 20 Sprachen.



Disclaimer

Die oekom research AG analysiert und bewertet die ökologische und soziale Performance von Unternehmen und Ländern auf der Basis eines wissenschaftlich fundierten Rating-Konzepts. Dabei orientieren wir uns an den höchsten Qualitätsstandards, die im Bereich des Nachhaltigkeits-Research weltweit üblich sind.

Dennoch weist die oekom research AG darauf hin, dass sämtliche in diesem Research Report dargestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität erheben, von Seiten der oekom research AG wird dafür keine Gewähr übernommen. Insbesondere kann es bei der Bewertung vorgegebener Portfolios zu Ungenauigkeiten bei der Zuordnung einzelner Wertpapiere zu dem entsprechenden Emittenten Research kommen. Jegliche Haftung im Zusammenhang mit der Nutzung dieses Research Reports, der dort angebotenen Informationen und ihrer Nutzung ist ausgeschlossen. Sämtliche von uns abgegebenen Beurteilungen und Werturteile stellen grundsätzlich keine Kauf- oder Anlageempfehlungen dar.

Wir weisen darauf hin, dass dieser Research Report, insbesondere die darin befindlichen Bilder, Texte, Grafiken, das Layout und das Logo der oekom research AG dem Urheber- und Markenrecht unterliegen. Jegliche Nutzung bedarf der ausdrücklichen vorherigen schriftlichen Zustimmung der oekom research AG. Unter Nutzung wird insbesondere verstanden, das Kopieren oder Vervielfältigen des Research Reports im Ganzen oder in Teilen, der entgeltliche oder unentgeltliche Vertriebs des Research Reports oder seine Verwertung in jeder anderen denkbaren Weise.

Die Analysen und Empfehlungen dieses Reports geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt des SDG-Fund-Sekretariats und seiner Partner, den Vereinten Nationen oder deren Mitgliedsstaaten, wieder.

Impressum

oekom research AG
Goethestraße 28
80336 München
Deutschland
Fon: +49 - (0)89 - 54 41 84-90
Fax: +49 - (0)89 - 54 41 84-99
info@oekom-research.com
www.oekom-research.com

Vorstand:
Robert Haßler
Matthias Bönning

Redaktion:
Matthias Bönning, Kristina Rüter, Dieter Niewierra

Autoren:
Andreas von Angerer, Constanze Boulanger, Lisa Kim Breitenbruch,
Karsten Greye, Silke Jolowicz, Malte Kolb, Daniela Knodt,
Susanne Marttila, Dieter Niewierra, Susanne Schwind-Elsner

Layout und Satz:
Reihs Satzstudio, Lohmar

München, im März 2016

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Bildnachweis:
Umschlagfoto: ead72 © Fotolia.com

